Morgen-Ausgabe.

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank“.

Nr. 796.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 12. November.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

♁ Zur Frage der Verwaltungsreform.

Der in Nr. 766 unserer Zeitung enthaltene Leitartikel über die neue Kreisordnung für Posen hat einem Freunde unseres Blattes, der mit den provinziellen Verhältnissen genau vertraut ist, Anlaß zu einigen mündlichen Bemerkungen über einzelne in dem gedachten Artikel enthaltene Ausführungen, ganz besonders aber über die Frage der Zusammensetzung der Kreisausschüsse gegeben. Wir benutzen die uns dadurch gebotene Veranlassung, auf den fraglichen Artikel nochmals zurückzukommen, um so lieber, als uns in neuester Zeit aus dem Kreise unserer liberalen Leser noch mehrere Zuschriften über diese Angelegenheit zugegangen sind.

Unser vorerwähnter Artikel hatte zunächst den Zweck, unseren Lesern sofort nach dem Bekanntwerden der neuen Vorlage eine orientirende Uebersicht über dieselbe zu bieten. An diese Uebersicht waren dann einige Bemerkungen über diejenigen Punkte geknüpft, in welchen die Vorlage von der Kreisordnung für die östlichen Provinzen des preußischen Staates vom 13. Dezember 1872 abweicht. Es versteht sich von selbst, daß bei der Kürze der Zeit diese Bemerkungen nur von allgemeinen Gesichtspunkten ausgehen, nur eine Parallele mit der Kreisordnung von 1872 ziehen konnten.

Nun war in dem fraglichen Artikel insbesondere hinsichtlich der Zusammensetzung der Kreisausschüsse gesagt, daß die in Vorschlag gebrachte Ernennung sämmtlicher Mitglieder derselben durch den Oberpräsidenten absolut unannehmbar sei. Gegen dieses „unannehmbar“ richten sich vorzugsweise die uns zugegangenen Bemerkungen, und wir nehmen keinen Anstand, auch unsererseits zu erklären, daß wir vom provinziellen Standpunkt aus, den wir ja in dieser Angelegenheit zunächst einzunehmen haben, diese Frage immerhin noch für diskutirbar halten und jedenfalls nicht das Schicksal der ganzen Vorlage davon abhängig gemacht sehen möchten.

Der Verfasser des mehrerwähnten Leitartikels, ein geschätzter auswärtiger Mitarbeiter unseres Blattes, hat sich mit der Frage der Durchführung einer möglichst einheitlichen Reform der Verwaltung für den ganzen Umfang der Monarchie seit einer Reihe von Jahren eingehend beschäftigt. Daß ihm deßhalb und insbesondere auch von seinem politischen Standpunkte aus die Ernennung sämmtlicher Mitglieder des Kreisausschusses absolut unannehmbar erscheint, konnte uns nicht befremden; wir unsererseits können ihm jedoch nur soweit beistimmen, daß wir eine Modifikation der fraglichen Bestimmung in dem Sinne, wie wir dieselbe schon früher befürwortet haben: daß nämlich die Mitglieder des Kreisausschusses zur Hälfte durch den Kreistag gewählt, zur anderen Hälfte durch den Oberpräsidenten ernannt werden, allerdings für sehr wünschenswerth halten. Im Interesse unserer Provinz, welche unter ihrer Ausnahmsstellung so schwer zu leiden hat, im Interesse unserer deutschen Bevölkerung insbesondere, die hier gewissermaßen auf dem vorgeschobenen Posten gegen das Slawenthum steht, wünschen wir aber aufrichtig, daß das Reformwerk zu Stande gebracht und die Sonderstellung der Provinz dadurch wenigstens um ein wesentliches Stück aufgehoben wird. Jemehr dies geschieht, umsomehr wird sich auch das Polenthum darein finden müssen, daß es sich nicht mehr um ein Großherzogthum Posen unter Herrschaft des Königs von Preußen, sondern einfach um die preußische Provinz Posen, ein untrennbares Glied des Staatsganzen, handelt.

Seit elf Jahren ist für unsere Provinz die Frage der Verwaltungsreform in der Schwebe. Wir hatten uns, obgleich die Angelegenheit fortgesetzt urgirt wurde, doch bereits in den Gedanken gefunden, daß wohl noch eine Reihe von Jahren vergehen würde, ehe wir zu dem erwünschten Ziele gelangen. Jetzt hat sich die Staatsregierung entschlossen, einen im Wesentlichen mit den früheren übereinstimmenden Kreisordnungsentwurf vorzulegen, einen Entwurf, der, wie wir früher bereits ausführten, allerdings nicht durchweg den gehegten Erwartungen entspricht, immerhin aber die Reform anzubahnen geeignet ist.

Wir würden es aufs Lebhafteste bedauern, ja, wir würden es für eine Schädigung der Interessen der Provinz betrachten müssen, wenn wegen dieser einen Frage der Zusammensetzung der Kreisausschüsse das Gesetz nicht zu Stande kommen sollte. Die Frage ist von großer Wichtigkeit, für ein solches „Entweder — oder“ aber doch nicht wichtig genug.

Wenn wir das, was der Minister des Innern in den Motiven für seinen Vorschlag anführt, einer näheren Prüfung unterziehen, so scheint es uns, als ob das, was gegen die Zusammensetzung der Ausschüsse aus ernannten und gewählten Mitgliedern angeführt wird, nicht den Kernpunkt der Frage trifft. Der Nachtheil der inkongruenten Zusammensetzung kann, wie auch in unserem Eingangs erwähnten Leitartikel ausgeführt ist, einfach durch den Hinweis auf die Zusammensetzung der Bezirksräthe, Bezirks-Verwaltungsgerichte und anderer Körperschaften widerlegt werden. Viel näher liegt unseres Erachtens der Einwand, daß, wenn man einer staatsfreundlichen Majorität in den Ausschüssen für alle Fälle sicher sein will, dies durch die Ernennung der Hälfte der Mitglieder noch nicht erreicht wird. In solchen ehrenamtlich fungirenden Körperschaften fehlt allzu häufig der Eine oder der Andere bei den Sitzungen, und das Zugeständniß muß man dem Polenthum machen: Wenn es eine wichtige Entscheidung gilt, dann sind Alle auf dem Platze. Wir haben in der Provinz in dieser Beziehung schon, vom deutschen Standpunkt aus betrachtet, recht bittere Erfahrungen gemacht. — Für uns liegt die Sache aber so, daß wir die Besorgnisse der Staatsregierung vor einem dominirenden Einfluß des Polenthums für zu weitgehend erachten. Wir gestehen bereitwillig zu, daß der eben erwähnte Fall einer zufällig sich ergebenden Majorität der polnischen Stimmen im Kreisausschuß mitunter eintreten könnte, halten dies aber nicht für so bedenklich, daß deshalb die Ernennung aller Mitglieder geboten erschiene. Die Staatsregierung ist in dieser Beziehung anderer Meinung und zwar, wie wir voraussetzen können, auf Grund amtlicher Berichte und Gutachten und wohl auch neuerdings gemachter Erfahrungen. Wir wollen, soweit es sich um Letztere handelt, hier nur auf das „Smierć niemcom“ *) des Grafen Czarnecki verweisen. Ein Vorkommniß, welches allerdings nicht zu Konzessionen an das Polenthum ermuthigen kann.

Jedenfalls wird der Minister bei den Kommissionsberathungen Gelegenheit nehmen, seine Stellung zu dieser Frage noch weiter zu motiviren, und den Abgeordneten unserer Provinz wird Gelegenheit gegeben werden, die Stichhaltigkeit seiner Gründe zu prüfen. Letzteren gegenüber aber wollen wir hiermit die Erwartung ausgesprochen haben, daß sie, soweit es in ihren Kräften steht, dafür eintreten, daß das für unsere Provinz hochwichtige Reformwerk nicht um dieser einer Frage willen Schiffbruch leide. Daß dies nicht geschehen wird, hoffen wir jetzt um so mehr, als nach der uns neuerdings zugegangenen, in unserer Mittwochs-Nummer enthaltenen Mittheilung die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses sich so entschieden für die Einführung der Verwaltungsreform in unserer Provinz ausgesprochen hat.

Zur Judenfrage.

Die von uns in der gestrigen Morgenausgabe kurz mitgetheilte Petition, durch welche dem Reichskanzler gewisse Wünsche in Betreff der Einwanderung ausländischer Juden, der Anstellung von Juden im Staatsdienste rc. vorgetragen werden, soll jetzt in hunderttausenden von Exemplaren über das Land verbreitet werden. Wir können nicht umhin, von dem ungeheuerlichen Schriftstück nach der „Nat. Ztg.“ Notiz zu nehmen. Die Petition lautet:

Durchlauchtigster Fürst,
Hochgebietender Herr Reichskanzler und Minister-Präsident!

In allen Gauen Deuschlands hat sich die Ueberzeugung durchgedrungen, daß das Ueberwuchern des jüdischen Elementes die ernstesten Gefahren für unser Volksthum in sich birgt. Allerwärts, wo Christ und Jude in soziale Beziehungen treten, sehen wir den Juden als Herrn, die eingestammte christliche Bevölkerung aber in dienstbarer Stellung. An der schweren Arbeit der großen Masse unseres Volkes nimmt der Jude nur einen verschwindend kleinen Antheil; auf dem Acker und in der Werkstatt, in Bergwerken und auf Baugerüsten, in Sümpfen und Kanälen — allerwärts regt sich nur die schwielige Hand des Christen. Die Früchte seiner Arbeit aber erntet vor Allem der Jude. Weitaus der größte Theil des Kapitals, welches die nationale Arbeit erzeugt, konzentrirt sich in jüdischer Hand; gleichzeitig mit dem beweglichen Kapital aber mehrt sich der jüdische Immobiliarbesitz. Nicht nur die stolzesten Paläste unserer Großstädte gehören jüdischen Herren, deren Väter oder Großväter schachernd und hausirend die Grenzen unseres Vaterlandes überschritten haben, sondern auch der ländliche Grundbesitz, diese hochbedeutsame konservative Basis unseres staatlichen Gefüges, gelangt mehr und mehr in die Hände der Juden.

Angesichts dieser Verhältnisse und des massenhaften Eindringens semitischer Elemente in alle Stellungen, welche Macht und Einfluß gewähren, erscheint vom ethischen wie vom nationalen Standpunkte die Frage wahrlich nicht unberechtigt: welche Zukunft steht unserem Vaterlande bevor, wenn es dem semitischen Element noch auf ein Menschenalter hinaus möglich bleibt, auf unserem heimischen Boden gleiche Eroberungen zu machen, wie in den beiden letzten Jahrzehnten? Wenn der Begriff „Vaterland“ seiner idealen Bedeutung nicht entkleidet, wenn der Gedanke, daß es unsere Väter waren, die diesen Boden der Wildniß entrissen, die ihn in tausend Schlachten mit ihrem Blute gedüngt haben, unserem Volke nicht verloren gehen, wenn der innige Zusammenhang von deutschem Brauch und deutscher Sitte mit christlicher Weltanschauung und christlicher Ueberlieferung erhalten werden soll, dann darf ein fremder Stamm, dem unsere humane Gesetzgebung das Gast- und Heimathsrecht gewährt hat, der uns aber seinem Fühlen und Denken nach ferner steht, als irgend ein Volk der gesammten arischen Welt, auf deutschem Boden nie und nimmer zum herrschenden aufsteigen.

Die Gefahr für unser Volksthum muß sich naturgemäß in demselben Maße steigern, in welchem es den Juden gelingt, nicht nur das nationale und religiöse Bewußtsein unseres Volkes durch die Presse zu verkümmern, sondern auch in Staatsämter zu gelangen, deren Trägern es obliegt, über die idealen Güter unseres Volkes zu wachen. Wir denken dabei vor Allem an die Berufsstellungen der Lehrer und der Richter; beide waren den Juden bis in die jüngste Zeit hinein unzugänglich und müssen ihnen wiederum verschlossen werden, wenn nicht die Autoritätsbegriffe des Volkes verwirrt und sein Rechts- und Vaterlandsgefühl erschüttert werden sollen. Schon beginnt das germanische Ideal persönlicher Ehre, Mannestreue, echter Frömmigkeit sich zu verrücken, um einem kosmopolitischen Pseudo-Ideal Platz zu machen.

Soll unser Volk nicht der wirthschaftlichen Knechtschaft unter dem Druck jüdischer Geldmächte, soll es nicht dem nationalen Verfall unter dem Einfluß einer vorzugsweise von dem Judenthum vertretenen materialistischen Weltanschauung überantwortet werden, dann sind Maßregeln, welche dem Ueberwuchern des Judenthums Halt gebieten, unabweisbar geboten. Nichts liegt uns ferner, als irgend welche Bedrückung des jüdischen Volkes wieder herbeiführen zu wollen; das, was wir erstreben, ist lediglich die Emanzipation des deutschen Volkes von einer Art Fremdherrschaft, welche es auf die Dauer nicht zu ertragen vermag. Es ist Gefahr im Verzuge; darum gestatten wir uns, Ew. Durchlaucht mit der ehrfurchtsvollen Bitte zu nahen:

Hochdieselben mögen Ihren mächtigen Einfluß in Preußen und Deutschland dahin geltend machen:

1) daß die Einwanderung ausländischer Juden, wenn nicht gänzlich verhindert, so doch wenigstens eingeschränkt werde;
2) daß die Juden von allen obrigkeitlichen (autoritativen) Stellungen ausgeschlossen werden und daß ihre Verwendung im Justizdienste — namentlich als Einzelrichter — eine angemessene Beschränkung erfahre;
3) daß der christliche Charakter der Volksschule, auch wenn dieselbe von jüdischen Schülern besucht wird, streng gewahrt bleibe und in derselben nur christliche Lehrer zugelassen werden, daß in allen übrigen Schulen aber jüdische Lehrer nur in besonders motivirten Ausnahmefällen zur Anstellung gelangen;
4) daß die Wiederaufnahme der amtlichen Statistik über die jüdische Bevölkerung angeordnet werde.

Mit dem Ausdruck größter Ehrerbietung und unerschütterlichen Vertrauens verharren wir als rc. rc.

Zur Verbreitung der Petition und zur Einholung von Unterschriften scheinen amtliche Kräfte in Anspruch genommen zu werden; wenigstens finden wir in dem amtlichen Kreisblatt für Langensalza die Petition abgedruckt und mit folgendem Zusatz versehen:

Das Praktische und Verständige dieser Forderungen, die sich sämmtlich auf dem Verwaltungswege durchführen lassen, leuchtet gewiß ein, weshalb es wohl einer weiteren Empfehlung nicht bedarf. Unterschriften werden in unserer Expedition entgegengenommen; übrigens werden wir uns noch einige Druckexemplare qu. Petition kommen lassen, um solche demnächst zuverlässigen und bekannten Männern zum Zwecke der Sammlung von Unterschriften abgeben zu können. D. R.

Von Namen, welche das Begleitschreiben unterzeichnet haben, mit welchem die Petition versendet wird, heben wir nachstehend die bekannteren hervor:

Professor Dr. Brecher, Lehrer an der Kriegsakademie zu Berlin; Otto Graf Bredow-Görne, Appellationsgerichtsrath a. D. und Rittergutsbesitzer; Freiherr Dr. Hans von Bülow, Intendant der herzoglichen Hofkapelle, Meiningen; Professor Dr. H. Fechner, Oberlehrer am Johannes-Gymnasium zu Breslau; Dr. Bernhard Förster, Lehrer an der königlichen Kunstschule (als Herausgeber genannt), Charlottenburg; Hapke, Prediger, Berlin; Dr. Hans Jungfer, Gymnasiallehrer, Berlin; Kindermann, kaiserlicher Hofgärtner, Schloß Babelsberg; Otto March, Regierungs-Baumeister, Charlottenburg; Milde, Amtsgerichtsrath, Lublinitz; C. Graf von der Recke-Volmerstein, Major a. D., Höfchen-Commende; Ernst Schmeltzner, Verlagsbuchhändler, Chemnitz; Graf von der Schulenburg, Major a. D., Mitglied des Herrenhauses, Beetzendorf; von Selchow, Rittergutsbesitzer, Rudnik bei Ratibor; C. Willmanns, Amtsgerichtsrath, Berlin; Frhr. Hans Paul von Wolzogen, Bayreuth; von Wulffen, General-Lieutenant z. D., Breslau; Professor Friedrich Zöllner, Leipzig.

Zwei Unterzeichner, die Herren Förster und Jungfer, sind augenblicklich in den eigenthümlichen Berliner Vorfall verwickelt, über welchen wir in unserem Mittagsblatte unter dem Titel: „Konservative“ Ausschreitungen, kurz berichtet haben. Herr Dr. Förster ist derjenige, welcher für seine Insulte von dem Beleidigten handgreiflich abgewandelt wurde.

— Ueber die geschichtliche Entwickelung der jetzt in Deutschland grassirenden Agitation gegen die Juden, welche in dem bekannten hierarchisch-feudalen Programm-Entwurf ihren Gipfel erreicht haben dürfte, wird der „Danz. Ztg.“ geschrieben:

„Den Verlauf und den Ursprung dieser ganzen für Deutschland wenig rühmlichen Erscheinung festzustellen, dürfte heute nur mehr denen möglich sein, welche sich berufsmäßig mit den Strömungen der Tagesgeschichte zu befassen haben. Es ist daher nicht unnöthig zu konstatiren, daß die Judenhetze in ultramontanen Kreisen, und zwar bald nach Beginn des Kulturkampfes ihren Anfang nahm. Die Klerikalen ärgerten sich, daß die Juden in dem Kampfe zwischen Berlin und Rom überall entschieden auf Seiten des Staates standen und gegen die Anmaßungen der katholischen Hierarchie Stellung nahmen. Dafür wollten die Führer der Ultramontanen sich rächen, und sie verfolgten dabei zugleich den Zweck, die große Menge auf einen anderen Gegenstand hinzulenken, der sich zu einer „Hetze“ eignete, wodurch die öffentliche Meinung von der Bewegung gegen den Ultramontanismus abgelenkt werden könnte. Wenn auch nicht sofort, so wurde doch allmählich dieser Zweck erreicht. Der von der „Germania“ und ihren ultramontanen Kolleginnen aufgenommene Ton wurde zuerst von der damals neu auftauchenden agrarischen Presse, vor Allem von der „Deutschen Landeszeitung“ aufgenommen. Hier bekam die Bewegung ein gegen die Regierung, speziell gegen den Fürsten Bismarck gerichtetes Gepräge. In einer Anzahl von Artikeln wurde in versteckter Weise darauf hingedeutet, daß Gesetzgebung und Verwaltung in Preußen und im Reich eigentlich nur im Interesse der Juden eingerichtet und geführt seien. In einem dieser Artikel, welchen wir uns aufgehoben haben, wird Bismarck ziemlich deutlich als der oberste Geschäftsführer der Juden bezeichnet. Aus der „Landeszeitung“ ging die Hetze in die kleine Skandalpresse über, welche um die Mitte der siebziger Jahre in Berlin blühte, bis sie endlich in die vornehme „Kreuzzeitung“, und zwar durch die Artikel Perrot's über

*) Tod den Deutschen!

die „Aera Bleichröder", Eingang fand. Fürst Bismarck war über solche falsche, giftige Methode damals mit Recht sehr ungehalten, und er hat seinem Unwillen am 9. Februar 1876 im Reichstag lauten Ausdruck gegeben. Aber das politische und soziale Programm, welches seine heftigen Gegner, die Niendorf, Perrot, Wedemeyer, Diest, Rudolf Meyer und Genossen, damals forderten, ist bisher zum Theil schon durchgeführt oder es soll noch durchgeführt werden, während diejenigen, welche den Reichskanzler damals warm vertheidigten, seitdem von der offiziösen Presse vielfach als Staats- und Reichsfeinde bekämpft wurden. Im Winter 1877/78 wurde die Judenhetze durch Herrn Stöcker, der ein Werkzeug hinter ihm stehender feinerer Köpfe ist, auf die Gasse getragen. Es wurde die „christlich-soziale" Partei gegründet, welche nur Aufregung und Skandal in die unteren Schichten und in verwirrte Köpfe tragen konnte, wie ja Hödel durch sie nach Berlin gezogen wurde. Diese Partei treibt die Judenhetze als Spezialität. Als die von den Ultramontanen angeregte und von ihnen bis dahin mit Eifer geschürte Hetze so weit gediehen war, gab die „Germania" ihren Freunden den Rath, die Sache, bei der wenig Ruhm zu holen, nunmehr besser den Händen der Stöcker und ähnlicher Agitatoren zu überlassen. Seitdem haben nur untergeordnete ultramontane Organe, wie die „Schlesische Volksztg." und das „Bair. Vaterland", die Hetze mit aller Heftigkeit weiter getrieben; die Hauptorgane und die Führer des Zentrums haben sich darauf beschränkt, hier und da ein die Hetze im Gange haltendes Wort hineinzuwerfen. Dieser Verlauf der Dinge dürfte Vielen nicht genau bekannt sein. Aber schon der Ursprung der Hetze ist ein Beweis dafür, daß sie nicht im Interesse Deutschlands liegen kann. Wo die Ultramontanen den Samen streuen, da kann für das Reich nur Unheil erwachsen. Das sieht man auch schon daraus, daß in den Ländern des Ostens, in Ungarn, Polen und Rußland, die Judenhetze immer mit einer Deutschenhetze verbunden ist."

Deutschland.

☾. **Berlin,** 10. November. [Die Kreisordnungen. Der Richter'sche Antrag.] Die in Folge der ersten Lesung der Kreisordnungs-Entwürfe für Hannover, Schleswig-Holstein und Posen laut werdende Ansicht, die Berathung derselben werde vor dem Ende der Session zu keinem Abschluß kommen, läßt doch wohl die Energie des Ministers des Innern und seinen Eifer für die Forführung der Verwaltungsreform außer Ansatz. Auch in der vorigen Session war die Neigung, die Gesetze über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung und über die Verwaltungsgerichte zu erledigen, sehr gering; Graf Eulenburg setzte aber trotzdem durch, daß es geschah. Die Zahl der gestern und heute konstatirten Differenzpunkte ist nicht so groß, daß nothwendig eine sehr langwierige Kommissions-Berathung vorgesehen werden müßte; von prinzipieller Bedeutung ist, nachdem Herr v. Bennigsen den in Hannover ziemlich künstlich gebildeten Wahlverband des Großgrundbesitzes mit Gelassenheit hingenommen hat, eigentlich nur die Frage der Distrikts-Polizeibeamten für Hannover und Schleswig-Holstein und die der Ausnahme-Bestimmungen für Posen. Bei den bezüglichen Forderungen der Regierung ist offenbar auch ein konservativ-gouvernementales Macht-Interesse im Spiele. (Was die Vorlage für Posen anbelangt, dürfte dies nicht zutreffen. S. Leitartikel. D. Red.) Nun ist die Stellung der Parteien zu den Entwürfen ganz klar: auf das Zentrum kann der Minister nicht rechnen, da dasselbe theils aus Sympathie für die Polen, theils weil Herr Windthorst in Hannover Alles beim Alten lassen will, bestrebt sein wird, die Vorlagen zu Falle zu bringen. Graf Eulenburg muß also zu den beiden konservativen Fraktionen, auf die er rechnen kann, noch so viele Liberale gewinnen, daß er eine Majorität hat. Ein so kühler Kopf, wie der Minister des Innern, wird dieser klaren Situation gegenüber ohne Zweifel sehr bald eine klare Stellung einnehmen: man wird bald sehen, ob der Versuch, einen politischen Gewinn für den Konservatismus herauszuschlagen, Angesichts der Aussichtslosigkeit aufgegeben wird — in welchem Falle die Arbeit bei einiger Energie wohl zum Abschluß zu bringen ist, oder ob die Verständigung nicht blos in der diesmaligen Session, sondern mit dem gegenwärtigen Abgeordnetenhause überhaupt unmöglich ist. — Die unangenehme Ueberraschung, welche der Richter'sche Steuer-Antrag sofort nach seiner Einbringung bei fast allen Gegnern der Finanzpolitik der Regierung hervorbrachte, hat sich allmälig zu der, unter diesen fast allgemeinen Ansicht abgeklärt, daß der Antrag eine bedauerliche Uebereilung darstelle. Herr Richter wollte den Kanzler „festnageln", aber es hat (wie der Leitartikel in unserer letzten Morgen-Nummer vorhersagte; d. Red.) ganz den Anschein, als ob Herr Richter vom Kanzler „festgenagelt" würde; denn eine heute Abend veröffentlichte offiziöse Kritik des Antrags schließt mit folgenden Worten: „Die Regierung dürfte übrigens durch den Richter'schen Antrag durchaus nicht in Verlegenheit gesetzt werden; je mehr man die preußischen direkten Steuern schon jetzt definitiv vermindert, desto stärker wird die Verpflichtung der wirklichen Patrioten, zum Ersatz durch angemessene Steuerquellen im Reich die Hand zu bieten." Mit anderen Worten: falls sich nicht noch aus verschiedenartigen Gründen im Abgeordnetenhause eine Majorität gegen den Antrag zusammenfindet, wird Fürst Bismarck es sich mit Vergnügen gefallen lassen, daß die liberale Opposition gegen seine Steuerpolitik nunmehr der definitiven Ersetzung direkter durch indirekte Steuern zustimmt, daß die „konstitutionelle Garantie" des Verwendungsgesetzes theilweise wieder aufgehoben wird, und daß die Regierung ein neues Argument für die Forderung neuer Reichssteuern erhält.

+ **Berlin,** 10. Novbr. [Fürst Bismarck und die Fraktionen. Der Steuererlaß. Besprechung der liberalen Vereinigung. Die Vorgänge in Frankreich.] Schon seit längerer Zeit finden wir in der über die Intentionen des Reichskanzlers unterrichteten Presse sehr deutliche Anzeichen dafür, daß man den Plan hegt, aus den Frei- und Deutschkonservativen und den Nationalliberalen eine konservativ-liberale Majorität zusammenzusetzen, in welcher die Regierung für ihre Maßregeln und Vorschläge eine festere Stütze findet. Deshalb sind anscheinend die Agitationen der Herren Stöcker und Genossen dem Herrn Reichskanzler sehr wenig gelegen, und wir finden es natürlich, daß der Gedanke einer konservativen Sezession zum Zentrum hin in letzter Zeit wiederholt in denjenigen Preßorganen, welche Informationen aus den leitenden Kreisen erhalten, lebhaft ventilirt und dringend befürwortet wird. Auch ein stets gut informirtes wiener Regierungsblatt gab vor einigen Tagen, anknüpfend an die Präsidentenwahl im Abgeordnetenhause, seiner Freude darüber Ausdruck, daß wenigstens ein Bruchtheil der Konservativen den Muth gefunden, sich der Umstrickung der hierarchischen Hydra zu entziehen, daß nunmehr der Zwiespalt in der konservativen Partei deutlich hervorgetreten sei und sich dieser Zwiespalt im Laufe der Session noch weiter entwickeln und zum Austritt der Herren Stöcker und Gen. aus der konservativen Fraktion führen würde. Der gewundene Kommentar, mit dem die „Kreuzztg." die Auslassung des wiener Blattes begleitet, ist nicht geeignet, die obige Annahme zu widerlegen. Die Frage ist nur, ob man sich in dem Kalkül, welches bezüglich der Nationalliberalen gemacht ist, nicht doch irrt. Man wünscht daher baldigst für die Nationalliberalen die Probe herbeizuführen. Bei der Verhandlung über die Steuerreform und die schwebenden wirthschaftlichen Fragen — so sagt man — müsse die nationalliberale Fraktion sich entscheiden. Wir sind auch der Meinung. — Was die Stellung der Parteien zu der Frage des Steuererlasses betrifft, so ist dieselbe im Ganzen als eine abgeschlossene anzusehen. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß fast das ganze Haus den Steuererlaß annehmen wird. Die Bedenken, welche innerhalb der nationalliberalen Fraktion dagegen geltend gemacht sind und, wie sich der Herr Finanzminister Bitter in seiner Etatsrede ausdrückte, vom „streng finanziellen Standpunkt" aus auch mit Recht geltend gemacht werden können, werden schließlich nicht aufrechterhalten werden können. Die Staatsregierung und auch die Majorität der Volksvertretung haben sich für den Steuererlaß zu sehr engagirt. Wenn die Staatsregierung die gegebenen Zusicherungen jetzt zu einem kleinen Theile erfüllen will, so wird sich das Abgeordnetenhaus dem nicht widersetzen können, obgleich dem Steuererlaß der eigentliche Werth dadurch genommen wird, daß er aus einer Anleihe erfolgt. Ob die Regierung aus der gegenwärtigen Finanzlage einen stichhaltigen Grund herleiten kann, „daß ein gleicher Steuererlaß auch in den nächsten Jahren gewährt werden kann, werden die Verhandlungen im Abgeordnetenhause und in der Budgetkommission weiterhin ergeben. — Am 20. November wird hier eine Besprechung der Mitglieder der „liberalen Vereinigung" mit einer Anzahl von Vertrauensmännern stattfinden. — Die gegenwärtige klerikale Gefahr in Frankreich sollte bei uns weniger vom Standpunkte des unbetheiligten Zuschauers, als vielmehr wie eine dringende Warnung und Mahnung betrachtet werden. Der Wechsel in der Leitung der Kultus-Angelegenheiten bei uns hat mit einem Schlage nicht nur dem Ultramontanismus neuen Muth, neues Ansehen und neue Widerstandskraft verliehen, sondern auch den protestantischen Orthodoxen maßlose Hoffnungen eingeflößt und die enge Verschwisterung beider „schwarzen" Flügel herbeigeführt. Die Resultate dieser Ermunterung und Verschwisterung treten immer klarer zu Tage, Verfolgungen freisinniger Pfarrer, Ansturm auf die Zivilehe, Rückgabe der Schule an die Geistlichen, Judenhetze und dergl. mehr wechseln mit einander ab. Die Regierung sieht noch immer diesem Treiben ruhig zu. Um so mehr sollten alle wahrhaft Liberalen beherzigen, daß dieser Bewegung gegenüber Einmüthigkeit und Energie dringend nothtut; Frankreich zeigt, wohin die Hierarchie steuert.

— [Dementi. Telegraphenwesen.] Offiziös wird geschrieben: Vor einigen Wochen wurde in der „Tribüne" die Behauptung aufgestellt, einem Tabaksfabrikanten in Thüringen, der Kentuckilauge aus der Schweiz bezogen habe, sei gegen den klaren Wortlaut des Zolltarifs die Bewilligung der tarifmäßigen Faßtara von 12 Prozent verweigert worden. Dies ist unrichtig, denn der Zolltarif kennt eine Tara für Tabakssaucen überhaupt nicht, vielmehr bezieht sich die bei Nr. 25 V. des Tarifs festgesetzte Tara nur auf „unbearbeitete Tabaksblätter und Stengel" und wird nach § 2 des Gesetzes vom 15. Juli 1879 bei der Ermittelung des Nettogewichts von Flüssigkeiten das Gewicht der unmittelbaren Umschließungen (Fässer, Flaschen, Kruken u. dgl.) nicht in Abzug gebracht. — Nach einer Nachweisung der während des 3. Vierteljahres 1880 bei den Reichs-Telegraphen-Anstalten vorgekommenen Veränderungen sind Anstalten eingerichtet 143, hiervon mit Fernsprechern 93; wieder eröffnet wurden 4, geschlossen 11, und sonstige Veränderungen traten 23 ein.

— Die heutige „Prov.-Korresp." wendet sich an die Nationalliberalen mit dem Ansinnen, den alten Weg

Stadttheater.

Posen, den 11. November.

Den gestrigen Geburtstag Schillers beging unsere Bühne mit einer Darstellung des „Don Carlos". Die Vorstellung zählte nicht zu denen, mit denen bislang so mancher gute Trumpf ausgespielt worden ist und mit der die darstellenden Künstler den Manen des Dichters und sich selbst Glanz verliehen hätten. War es Ueberbürdung Einzelner, war es die nicht durchgängige innere Uebereinstimmung der Darsteller mit ihren Rollen, war es die stellenweise etwas nüchterne Inscenirung, war es die Reminiscenz an die wiederholte Vorführung des Dramas im vorigen Winter, was den Besuch schmälerte, den Souffleur anspornte, Kunstpausen schuf und überhaupt den eigentlichen dramatischen Schwung sich nicht entfalten ließ?

Mit Achtung und Ehren darf des Philipp gedacht werden, als einer wohldurchdachten, klaren, effektfreien, ursprünglichen Leistung des Herrn Weilenbeck; Herr Ellmenreich spielte seinen Alba präzis und korrekt, aber im Kern zu bieder, Herr Engelsdorff den Carlos wenigstens in den letzten Akten befriedigend, aber anfangs nicht frei von stellenweise künstlichem Pathos; die Prinzessin Eboli gab Fräul. Truhn Gelegenheit, das verliebte, erzürnte und zerknirschte Weib in seinen einzelnen Phasen zu zeichnen, mit einer Fülle dramatischer Züge, aber überladen mit Schlaglichtern, zu wuchtig, zu wenig der Steigerung einzelner Momente günstig.

Fräul. Hammer als Königin ließ die Majestät zu sehr in der Grundstimmung des unglücklichen Weibes untergehen und Herr Dr. Litaschi als Marquis Posa, im letzten Akte wirksamer, war anfänglich nur ein sentimentaler Freund Roderich, es fehlte der chevalereske Grundzug des kühnen Abenteurers von La Valette, es fehlte namentlich in der großen Scene vor dem König die klare Diktion Schiller'scher Verse; in dem Bestreben, einzelne Verse nur kurz, so zu sagen dilatorisch zu behandeln, um das Pathos auf die Kraftstelle zu konzentriren und dieses in doppelter Stimmung durchzuführen, wurden erstere Stellen im tiefen Register oft undeutlich und überhastet gesprochen und so ein Glanzeffekt des ganzen Stückes geschmälert.

Der Besuch war ein befriedigender, aber Schiller's Ehrentag hätte schon ein volleres Haus beanspruchen können. Ist die Empfänglichkeit des Publikums für die hohe Tragödie vielleicht schon etwas erschlafft, oder fehlt ihr vielleicht stellenweise die unterbrechende tolle Laune, der Wechsel in der Stimmung? Sollte die Wechselwirthschaft nicht auch auf der Bühne segensreich sich erweisen? Wir wollen der Posse durchaus nicht das Wort reden; wir wollen auch ganz vergessen, daß aus dem ursprünglich veröffentlichten Mitgliederverzeichniß das ganze Rüstzeug der Operette klar hervorleuchtete. Aber welche tolle Lustigkeit steckt in so manchem kleinen Einakter und Schwank! Ist unsere Zeit so überaus heiter, daß sie ein urkräftiges Lachen zu provociren nicht nöthig hat?

Und doch wird beinahe ängstlich jede passende Gelegenheit dazu vermieden und wir haben schon des Oeftern die Violinen im Orchester die Zeit todstreichen hören, welche das Publikum mit einer burlesken Kleinigkeit recht gern todtgelacht hätte. Man möge uns den kleinen Exkurs verzeihen, wir notifiziren nur, was Viele denken und fühlen und glauben mindestens die Lacher auf unserer Seite zu haben. th.

Das Konzert der Herren Karl Heymann und Jules de Swert

giebt uns Veranlassung, durch einige kurze biographische Notizen den Hörern vor der persönlichen Bekanntschaft mit den Künstlern selbst wenigstens deren Namen lebendiger und fesselnder näher zu rücken.

Wir beginnen mit dem älteren und bekannteren, durch voraufgegangene Dezennien schon beglaubigteren Violoncellisten de Swert, einem der anerkannt hervorragendsten Vertreter seines Instrumentes. Swert ist Belgier, 1843 zu Löwen geboren und schon als der Sohn des Kapellmeisters Hermann de Swert musikalischen Ursprungs Schon früh vom Vater auf dem Cello unterrichtet, nahm sich später Servais seiner an und verschaffte ihm einen Platz auf dem Brüsseler Konservatorium, welches er, mit dem ersten Preise ausgezeichnet, im Alter von 15 Jahren verließ, um nach Paris zu gehen, wo ihm Publikum und Künstler hold waren und namentlich der greise Rossini ihn begünstigte. Neue Kunstreisen durch vieler Herren Länder vermehrten seinen Ruhm und verschafften dem reisenden Künstler namentlich in Deutschland sein volles Ansehen. Und wie er namentlich durch den meisterhaften Vortrag der eigens für sein Instrument selbst gesetzten Violinkonzerte von Beethoven und Mendelssohn Sinn und Hang für deutsche Musik bekundete, so ward nun auch Deutschland seine neue Heimath. Konzertmeister in Düsseldorf und dann in Weimar, kam er später in gleicher Stellung nach Berlin, welches er nach einigen Jahren verließ, um auf neuen größeren Konzertreisen neue Triumphe zu feiern. Die letzten Jahre verlebte er wieder am Rhein. Sein Repertoir umfaßt klassische und moderne Violoncell-Literatur gleichmäßig. Mit dem ausübenden Künstler hielt der Komponist gleichen Schritt, speziell für sein Instrument, neuerdings aber auch auf dem schwierigen Gebiete der Oper. Seine „Albigenser" haben in Wiesbaden, Frankfurt, Weimar rc. mehr als Achtungserfolge errungen.

Nicht so reichlich stehen uns die Notizen über Karl Heymann zu Gebote, weil dieser eben noch im sprossenden Stadium der öffentlichen Aufmerksamkeit sich befindet und der heutige Künstler erst jetzt voll beglaubigt, was er vor wenig Jahren erst ahnen ließ. Ist de Swert ein Belgier, so stand Heymann's Wiege, wie wir glauben, in Holland. Schon mit sieben Jahren trat der Knabe vor die Oeffentlichkeit. Genannt wurde er zuerst, als er vor mehreren Jahren im Verein mit Wilhelmy eine ruhmreiche Tournée durch Deutschland machte. Schon diese Wahl des berühmten Violinspielers spricht deutlich genug. In Berlin hatte er schon früher gespielt, auch zwei mal bei Hofe und spricht man von der besonderen Gunst der Kaiserin. Wahrhaft durchschlagend war sein Auftreten in einigen Berliner Konzerten vor nun bald zwei Jahren, man konstatirte allseitig enorme Fortschritte. Die Folge war eine Berufung an das neu errichtete Konservatorium zu Frankfurt am Main als Professor des Klavierspiels. Diese Stelle hat er kürzlich aufgegeben, um sich vorläufig ganz dem Konzertiren und der Komposition widmen zu können.

Der Versuchung eines glänzenden Antrags für Amerika diesen Winter hindurch hat er widerstanden, wohl eingedenk der künstlerischen Klippen einer solchen Tour für einen seiner Kunst ergebenen Jüngers; Heymann hat den weniger lohnenden, aber wohl entschieden anregenderen und gewinnreicheren Aufenthalt in Deutschland vorgezogen und auf dieser seiner künsterischen Wanderfahrt wird er nächsten Montag bei uns in Posen Rast machen.

th.

Von Professor v. Langenbeck's siebzigster Geburtstagsfeier.

Berlin, 10. November.

Den Ovationen, welche gestern Vormittag dem Geheimen Rath von Langenbeck zu Theil wurden,

der Kompromisse weiter zu wandeln. Sie schließt ihre Ausführungen wie folgt:

„So viel steht schon jetzt fest, daß die versöhnliche und vermittelnde Richtung des Herrn v. Bennigsen den Geist der Fraktion bestimmt, was in der einmüthigen Kundgebung derselben bei der Wiederwahl desselben zu ihrem Vorsitzenden sich deutlich zu erkennen gegeben hat. Praktisch positive Politik zu treiben darf daher als die Aufgabe bezeichnet werden, welche sich die nationalliberale Fraktion für die Zukunft gestellt hat."

Die konservativ-klerikale Mehrheit ist eben höchst unsicher geworden. Man beginnt also die Nationalliberalen wieder „höher zu schätzen".

— Betreffs des Vorschlags zu einem Steuer-Erlaß schreibt die „Provinzial-Korrespondenz":

„Ein Theil der Oppositionsblätter hat es sich in den letzten Tagen angelegen sein lassen, die Rede des Herrn Finanzministers, mit welcher derselbe dem Abgeordnetenhause den Staatshaushalts-Etat für 1881/82 vorlegte, einer wenig entgegenkommenden Kritik zu unterziehen. Dieselbe richtet sich vornehmlich gegen den Steuerreformplan, besonders aber gegen den Vorschlag zu einem Steuer-Erlaß von 14 Millionen Mark, welcher ganz im Widerspruch zu den Erfahrungen der Vergangenheit gerade in derjenigen Presse Einwendungen erfährt, welche sonst stets für eine Ermäßigung der Steuern — selbst zu ungelegener Zeit — eintrat. Diese Erscheinung könnte als auffallend bezeichnet werden, wenn man nicht wüßte, daß es jenen Blättern in erster Linie darum zu thun ist, den Werth der begonnenen Steuerreform in den Augen der Bevölkerung herabzusetzen, die Unmöglichkeit einer segensreichen Wirkung derselben nachzuweisen und die ganze Reform wo möglich wieder rückgängig zu machen. Gleichwohl besteht die Hoffnung, daß jene Zeitungsstimmen nur als der Ausdruck theoretischer Erwägungen, nicht aber als die Einleitung zu einem Kampfe zu betrachten sind, zu welchem sich Ausschlag gebende, praktisch-politische Parteien gegen die Regierung vereinigen könnten, und daß die Presse der Parteien auch bei dieser Gelegenheit in ihrem Eifer über die Auffassung der parlamentarischen Parteien hinausgeht. In der That scheinen die Ausführungen jener Blätter sogar von derjenigen parlamentarischen Partei überhört zu werden, welche sonst mit den wirthschaftlichen und politischen Grundsätzen derselben übereinstimmt; im Gegensatz zu jenen will die Fortschrittspartei das Angebot der Regierung noch überbieten. Die Staatsregierung erkennt ihrerseits sehr wohl an — und der Finanzminister hat darüber keinen Zweifel gelassen —, daß die 14 Millionen Mark auch noch zu anderen Zwecken, als zu einem Steuer-Erlaß, verwandt werden können. Andererseits aber glaubt sie, daß, wie sie es für ihre Pflicht hielt, der Bevölkerung — in den Grenzen der Möglichkeit und ohne Gefährdung der Sicherheit unserer Finanzen — eine Erleichterung von der direkten Besteuerung anzubieten, so auch die Volksvertretung sich nicht der Verpflichtung wird entziehen können, diese Erleichterung für die Bevölkerung anzunehmen. Eine ernste Prüfung der Finanzlage hat für die Regierung die Möglichkeit des Steuer-Erlasses zunächst für das kommende Jahr ergeben. Daß die Volksvertretung bei gleich gewissenhafter Prüfung zu anderen Ergebnissen kommen und den Steuer-Erlaß von der Hand weisen sollte, ist um so weniger anzunehmen, als die Parteien, welche sich im Großen und Ganzen mit der Regierung über die Ziele der Reform im Einklang befinden, kein geringes Interesse an der Erfüllung der mit dem Beginn der Reform verheißenen Erleichterung der direkten Besteuerung haben dürften, als die Regierung selbst. Nicht diejenigen wahren die Interessen der Bevölkerung, welche ihrer Doktrin zu Liebe einer Entlastung des armen Theils der Bevölkerung — soweit dieselbe gegenwärtig möglich ist — sich widersetzen, aber auch nicht diejenigen, welche über die Grenzen dieser Möglichkeit hinausgehen wollen, indem sie das, was die Regierung allerdings als wohlbegründete „Hoffnung" bezeichnet, schon als sichere Thatsache ihren Anträgen zu Grunde legen. Der Steuer-Erlaß bildet einen sehr wesentlichen Theil der großen Reform, welche Fürst Bismarck unternommen. Denselben verweigern oder durch Ueberbieten zum Scheitern bringen, würde eine Vernachlässigung der Bedürfnisse der ärmeren Klassen sein. Die bevorstehenden Berathungen des Abgeordnetenhauses über diesen Punkt wie über den Staatshaushalt im Allgemeinen werden hoffentlich den Beweis liefern, daß weder das Eine noch das Andere in den Absichten der Landesvertretung liegt."

— Die Freunde der neuesten Wirthschaftspolitik beeifern sich, den in Preußen beantragten Steuererlaß gegen die herbe Kritik in Schutz zu nehmen, welche an demselben vom Standpunkte einer soliden Finanzwirthschaft wie einer gerechten Steuerpolitik geübt worden ist. Der Preis für die beste Leistung gebührt diesmal unzweifelhaft der „Post", welche in einer gegen die „Fortschrittspresse" gerichteten Polemik folgende neue steuerpolitische Aufschlüsse zum Besten giebt:

„Diese Presse rechnet die geringen Beträge aus, welche der Steuererlaß bei der Vertheilung auf die einzelnen Köpfe ergiebt, und stellt diesen Beträgen die Opfer gegenüber, welche dem Steuerzahler der untersten Klassen angeblich durch die neuen indirekten Steuern auferlegt werden. Da ist namentlich die Rede von der Besteuerung der nothwendigen Lebensmittel. Es wird verschwiegen, daß die Getreidezölle und andere Einfuhrzölle keine Finanzzölle, sondern Schutzzölle sind, daß sie nicht eingeführt sind, um dem Steuerzahler etwas abzunehmen, sondern um die einheimische Produktion und damit den Verdienst aller Steuerzahler zu steigern. Diese Zölle, wenn sie vorübergehende Opfer fordern sollten, was noch nicht bewiesen worden, sollen also nicht durch den Steuererlaß, sondern durch ihre eigene mittelbare Wirkung zu Gunsten des Steuerzahlers kompensirt werden. Was aber die wirklichen Finanzzölle betrifft, die erhöhten Eingangszölle auf überseeische Produkte, so treffen diese notorisch die unteren Klassen der Steuerzahler am wenigsten, dafür aber die wohlhabenderen Gesellschaftsklassen."

Dieses sinnreiche Kunststück auf dem Gebiete der höheren Steuerzauberei hat der „Nordd. Allg. Ztg." so gefallen, daß sie ihm durch bereitwillige Aufnahme in ihre Spalten zu einer weiteren Verbreitung zu verhelfen sucht. Und wem sollte es nicht gefallen? Man vergegenwärtige sich nur einmal die beneidenswerthe Lage des so oft bedauerten Steuerzahlers: Die Finanzzölle belasten ihn nicht, die Schutzzölle kompensiren sich selbst zu seinen Gunsten und die direkten Steuern werden ihm erlassen! Diese steuerpolitische Weisheit verdiente in der That in einer besonderen Broschüre verbreitet zu werden etwa mit dem Titel: „Der glückliche Steuerzahler oder Du sollst und mußt reich werden." Ob die „Post" dafür viele Gläubige finden wird, ist allerdings eine andere Frage. Es ist doch eine nicht wegzudisputirende Thatsache, daß derjenige Theil der Bevölkerung, welcher keine direkten Steuern zahlt, keinen Vortheil vom Steuererlaß haben kann, daß ferner für die beiden untersten Stufen der Klassensteuer ein Erlaß für 3 Monate nur 75 Pf. bis 1,50 M. pr. Jahr beträgt. Diese drei Kategorien machen aber volle vier Fünftel der Bevölkerung der preußischen Monarchie aus. Andererseits ist es durchaus nicht „notorisch", daß die Finanzzölle die unteren Klassen am wenigsten treffen. Diese Behauptung ist vielmehr eine kecke Unwahrheit. Alle bedeutenden Lehrer der Finanzwissenschaft, von Adam Smith bis Adolf Wagner, sind vielmehr der Ansicht, daß die indirekten Steuern, zu denen die Finanzzölle gehören, grade die unteren Klassen unverhältnißmäßig belasten, und die tägliche Erfahrung bestätigt diese Ansicht in vollstem Umfange. Beide Thatsachen aber, der Mangel resp. die Geringfügigkeit des Steuererlasses und die Vertheuerung der zollpflichtigen Waaren, werden schließlich auf den wahren Charakter der im Gang befindlichen Steuerreform ein Licht werfen, welches keine noch so verwegene Argumentation verdunkeln kann.

— [Parlamentarisches.] Die erste Lesung des Staatshaushalts-Etats wird, da die Generaldebatte über die Kreisordnung für Posen heute noch nicht beendet ist, erst am Freitag beginnen und dürfte zwei bis drei Tage in Anspruch nehmen. An die Budgetkommission werden voraussichtlich das gesammte Extraordinarium, der Eisenbahnetat, die Etats der direkten und indirekten Steuern, des Finanzministeriums und der allgemeinen Finanzverwaltung überwiesen werden. Selbstverständlich wird vorbehalten bleiben, auch aus anderen Etats einzelne Titel an die Budgetkommission gehen zu lassen. Daß die Absicht besteht, wie in einzelnen Zeitungen gemeldet wird, den Eisenbahnetat einer besonderen Kommission zu überweisen, möchten wir vorläufig bezweifeln. — Dem Abgeordnetenhause ist eine Nachweisung über das Resultat der anderweitigen Verpachtung der im Jahre 1880 pachtlos gewordenen Domänenvorwerke, sowie ein Bericht über die Verwendung des Erlöses für eine verkaufte berliner Stadtbahnparzelle zugegangen. Der Nachweisung zufolge sind 35 Vorwerke mit einem Gesammtareal von 18,723 Hektar anderweitig verpachtet; bei dieser Gelegenheit wurden an Pachtzins ca. 45,640 Mark mehr erlangt, als bisher einkamen. Der Bericht bezieht sich auf ein Gesetz vom Jahre 1878, betreffend die Fertigstellung der berliner Stadteisenbahn, welches bestimmt, daß der Erlös, der durch die Veräußerung von über den Bedarf angekauften Grundstücken erzielt wird, in Anrechnung auf die der Regierung bewilligten und noch offen stehende Kredite zu bewilligen ist. Es handelt sich dies Mal um den Erlös von 968 Mark 64 Pfennigen.

— Das heute erschienene Verzeichniß der Fraktionen im Abgeordnetenhause ergiebt die folgenden Resultate: Die stärkste Fraktion ist die der Konservativen, sie zählt 107 Mitglieder und einen Hospitanten (Herrn v. Weiher). Es folgt die Centrumsfraktion mit 95 Mitgliedern und zwei Hospitanten, den Herren Dr. Bruel und v. Meltzing. Die Nationalliberalen zählen 84 Mitglieder und einen Hospitanten (Herrn Sattig). Die Freikonservativen haben 50 Mitglieder und zwei Hospitanten, die Herren v. Tiedemann (Bomst) und Wettich. Die Fortschrittspartei ist 34 Köpfe stark und hat drei Hospitanten, die Herren Büchtemann, Labes, Neßler. Die Fraktion der Polen endlich zählt 19 Mitglieder und keinen Hospitanten. Bei keiner Fraktion eingeschrieben, d. h. sogenannte „Wilde" sind 33 Abgeordnete. Es sind dies die Herren Beisert, Berger, Berling, Bitter (Kreuznach), v. Bockum-Dolffs, Drave, Graf Eulenburg, Dr. Falk, Hammacher (Lennep), v. Helldorf, v. Hönika, v. Kameke, Kieschke, v. Köller, Kryger, Lassen, Dr. Loewe (Bochum), v. Ludwig, Maager, v. d. Marwitz-Rütznow, Dr. Meyer (Breslau), Dr. Petri, Platen, v. Puttkamer, Rickert, Sachse, Schmidt (Stettin), Dr. Schultz, Seyffarth, Struwe, Thilenius, Vollerthan, Weißermel. Es befinden sich darunter, wie man sieht, die Gruppe der Ministerabgeordneten, die der früheren Mitglieder der Fortschrittspartei (Gruppe Löwe-Berger), endlich die der Sezessionisten. Letztere sollen, wie die Magd. Ztg." wissen will, die Absicht haben, sich unter Formulirung eines neuen Programmes demnächst als besondere Fraktion zu konstituiren. Der Rest der „Wilden" sind ganz einzeln für sich stehende Abgeordnete, wie Falk, v. Bockum-Dolffs, die Dänen Kryger und Lassen, ferner v. Ludwig, v. d. Marwitz-Rütznow, und der Präsident des Hauses, v. Köller. Bekanntlich ist der Letztere seiner politischen Ueberzeugung nach konservativ, Herr v. Ludwig steht dem Zentrum am nächsten, Herr v. d. Marwitz-Rütznow den Konservativen und die Uebrigen den Liberalen. Erledigt sind zwei Mandate: I. Marienwerder, III. Trier.

— Wie die „Voss. Ztg." hört, hat die konservative Fraktion sich am Montag Abend in einer längeren und ziemlich erregten Sitzung über ihre Stellung zum Staatshaushaltsetat und dem vorgeschlagenen Steuererlasse schlüssig gemacht. Man hat sich in der konservativen Fraktion einstimmig dahin entschieden, aus allen Kräften auf die Bewilligung des Steuer-Erlasses der 14 Millionen Mark hinzuwirken, jedoch unter der ausdrücklichen und bestimmten Erklärung, daß mit dieser Bewilligung eine direkte Pression auf den Reichstag zur Genehmigung der dort zu erwartenden Steuervorschläge ausgeübt werde. Ueberdies hören wir, daß in der konservativen Fraktion auch ein Einverständniß über die Erhöhung der Branntweinsteuer erzielt worden ist, jedoch scheinen diese Vorschläge mehr darauf hinzuzielen, daß diese Branntweinsteuer mehr auf den Konsumenten, als auf den Produzenten abgeführt werden soll. Auch wurde beschlossen, daß vom nächsten Jahre ab gemäß den bei der Annahme der Gesetze über den Ankauf mehrerer Privatbahnen durch den Staat beschlossenen finanziellen Garantieen die Jahresüberschüsse der Eisenbahnverwaltung zur Bildung des Eisenbahn-Reserve-Fonds und zur Amortisation der Staatseisenbahn-Kapitalschuld zu verwenden, verfahren werden soll. Auch wird konservativerseits beantragt werden, eine besondere Eisenbahn-Kommission zur Prüfung des Etats der Eisenbahn-Verwaltung niederzusetzen. All diese Vorschläge werden bei der Debatte über den Staats-

---

sich, wie die „Post" mittheilt, eine Feier in dem festlich geschmückten Auditorium der Langenbeck'schen Klinik in der Ziegelstraße an, an welcher sich die früheren und jetzigen Schüler des Gefeierten in großer Zahl betheiligten. Nach einer längeren Dankesrede des verehrten Lehrers, in welcher er u. A. auch einen Rückblick auf die Geschäfte der Klinik warf, schloß das außergewöhnliche Kolleg mit einem dreifachen Hoch auf Geheim-Rath von Langenbeck. — Ungemein glänzend verlief der Fackelzug, welcher etwa um 6½ Uhr vor der Wohnung des Gefeierten in der Roonstraße unter den Klängen des Preußenliedes anlangte. Eine aus 5 Personen bestehende Deputation begab sich alsdann in die Wohnung des Geheimen-Raths von Langenbeck, und dort brachte der Stud. med. Bailleul die Glückwünsche der Studentenschaft dar. Die Ansprache endete mit einem nach der Straße zu dargebrachten Hoch auf den Gefeierten, welches unten einen dreifachen begeisterten Widerhall fand. Darauf trat Professor v. Langenbeck an das Fenster und dankte mit folgenden Worten: „Ich danke der akademischen Jugend für die mir bewiesene hohe Ehre. Die Berliner Studentenschaft sie lebe hoch!" Wieder hallte es dreimal im Chore, und Hüteschwenken und Hurrahrufen trugen noch lange die Grüße seiner jugendlichen Verehrer zum erleuchteten Fenster hinauf. Die Fackeln wurden auf dem Dönhofsplatze ausgelöscht. — Zu dem Festkommers in den Reichshallen, dem etwa fünfhundert jetzige und ehemalige Schüler v. Langenbecks beiwohnten und der um 10½ Uhr seinen Anfang nahm, erschien der Jubilar leider nicht. Dagegen waren der Sohn, Major v. Langenbeck, sowie der Schwiegersohn, Major von Roon, der Einladung des Komite's gefolgt. An der Ehrentafel bemerkte man außerdem die Professoren Bardeleben, Billroth-Wien, Esmarch-Kiel, Busch-Bonn, Friedberg-Breslau, Trendelenburg-Rostock, Hueter-Greifswald, Generalarzt Roth-Dresden u. A. Die Studirenden hatten an 6 Langtafeln Platz genommen. Stud. med. von Hahn präsidirte dem Kommers. Der erste Toast, vom Präsidenten selbst ausgebracht, galt dem Kaiser. Nachdem das von der Musik intonirte „Heil dir im Siegeskranz" verklungen, ergriff Stud. med. Uhse das Wort, um mit kurzen Worten einen urkräftigen Salamender auf den Jubilar einzuleiten. „Welch ein Glücksumstand für die berliner Universität, an ihr einen Johannes Müller, einen Virchow, einen Langenbeck gemeinsam als Reformatoren wirken zu sehen. Langenbeck war und ist der Liebling der studirenden Jugend nicht allein durch seine Wissenschaft, sondern vor Allem auch durch den Zauber seiner Person. Möge Langenbeck noch lange zum Segen und Heile der Wissenschaft wirken können." Minutenlanger Beifall folgte diesen Worten. Es ergriff sodann das Wort Major von Langenbeck: „Mein Vater hat mich beauftragt, seinen Dank Ihnen auszuspechen für die freundliche Einladung. Mein Vater würde sehr gern gekommen sein, aber, wenn Sie billig die Umstände bedenken, unter denen er unter dem Druck seiner 70 Jahre diesen Tag gefeiert, wenn Sie hinzunehmen, daß er an einer körperlichen Indisposition leidet, so werden Sie als Mediziner sein Ausbleiben wohl entschuldigen. Ich trinke auf das Wohl der berliner Studentenschaft." (Stürmischer Beifall.) Von Geheimrath von Langenbeck selbst war inzwischen folgendes Schreiben eingelaufen, das unter dem Jubel der Anwesenden zur Verlesung kam: „Geehrte Herren, theure Commilitonen! Sie haben mir Ihre Theilnahme an meinem 70. Geburtstage in einer für mich so überaus ehrenden Weise kundgegeben, daß ich den heutigen Tag zu den schönsten meines Lebens rechnen muß und mich Ihnen zu dem lebhaftesten Dank verpflichtet fühle. Das akademische Leben und der lebendige Geistesverkehr mit der akademischen Jugend hat für mich stets am höchsten gestanden und ist während der 43 Jahre, in welchen ich Universitäten angehört, meine eigentliche Lebensaufgabe gewesen. Ich werde dies festhalten, so lange meine Kräfte dazu ausreichen. Mit der größten Freude würde ich Ihrer Einladung zu dem heutigen Festkommers gefolgt sein; meine in den letzten Jahren schwankende Gesundheit verbietet es mir aber, mich an solchen Festlichkeiten zu betheiligen, und habe ich zu meinem Schmerz auch schon länger an dieser Rückhaltung festhalten müssen. Wenn ich also auch heute diese Freude mir versagen muß, so werde ich doch im Geiste bei Ihnen sein und mich dadurch zu entschädigen suchen, daß ich in einsamer Klausur auf das Wohl der berliner Studentenschaft einen kräftigen Salamander reibe. Ich rufe: vivant, floreant, crescant commilitones carissimi, cives academici Berolinenses." Toaste auf Toaste folgten nun in kurzen Zwischenräumen. Kandidat Kranzfelder ließ die ehemaligen Schüler Langenbeck's leben; Professor Billroth-Wien wies in längerer Ausführung darauf hin, wie mit dem Jubilar ein neuer Geist in die Klinik eingezogen sei. „Ohne Eifersucht gegen aufkeimende Talente ließ er jeden seiner Schüler nach seiner Weise schaffen und walten, zwang keinen, sich absolut der Meinung des Lehrers anzuschließen; er erblickte in dem jungen Mediziner stets den zukünftigen Kollegen, und das war bestimmend für sein Verhältniß zur akademischen Jugend. So war Langenbeck stets das Vorbild für die freie Entwickelung der Wissenschaft, und ich fordere Sie daher auf, in seinem Sinn zu trinken auf die Freiheit der Kunst und Wissenschaft." Freudig erregt kamen die Anwesenden diesem Rufe nach, und wieder durchtönte minutenlanger Jubel den Saal. Prof. Busch-Bonn gedenkt des Dankes, den der akademische Lehrer der studirenden Jugend zollt. „Wo würde der 70jährige Mann die Kraft, den jugendlichen Enthusiasmus hernehmen, wenn nicht aus ihr! Drum bringe ich mein Hoch der Studentenschaft Berlins." Generalarzt Roth-Dresden feierte die Verdienste Langenbeck's um den deutschen Sanitätsdienst und weihte sein Glas dem gedeihlichen Zusammenwirken aller ärztlichen Kreise zur Ehre und zur Kräftigung des gesammten Vaterlandes. Stud. med. Höppner ließ Professor Bardeleben, Professor Hueter-Greifswald die deutschen Hochschulen leben. Professor Bardeleben, von stürmischen Hochrufen begrüßt, antwortete mit einem Toast auf die Familie des Jubilars, dem Major v. Langenbeck mit einem Trunk auf die Erhaltung des guten Geistes im Sanitätskorps erwidert. Professor Esmarch endlich, gleichfalls jubelnd begrüßt, trinkt auf v. Langenbeck mit dem Wunsche, daß er noch lange auch im neuen Klinikum wirken möge. Bei dem nunmehr exekutirten Semesterreiben trank Generalarzt Roth für das 58., Billroth für das 64., Busch und Esmarch für das 74. und Bardeleben als Senior des Kommerses für das 86. Semester. Erst gegen 2 Uhr trat die Fidelitas in ihr volles Recht.

---

* **Das Lied von der Wüerst'schen Serenade.** (Seufzer eines Bilseschen Geigers.)

„O weh, wie sieht das Wetter aus!
Am Ende giebt es Regen,
Und der käm' diesen Abend doch
Wahrhaftig ungelegen" . . .
Der Herr Direktor denkt's und spricht
Verstimmt für sich: „Wie Schade!
Ich setzte heute auf's Programm:
Die Wüerst'sche Serenade."

So geht's am Montag — Dienstag ist,
Konzert, wie alle Tage:
Bei fünfundzwanzig Reaumur
Ein wenig groß die Plage!
Nach zwölf Pièccen schwitzen wir
Als kämen wir vom Bade.
Da spielen denn zur Kühlung wir:
Die Wüerst'sche Serenade.

Am Mittwoch kommt dann Sinfonie
Und drei, vier Ouverturen,
Da braucht man eine Quinte mehr
Und muß gehörig schmieren!
Ja, eingelegt wird auch noch was,
Von Wagner oder Gade.
Zum Schluß ein kleines Streichquartett: —
Die Wüerst'sche Serenade!

Die nächsten Tag' ist's nicht so schlimm,
Man hört nur neue Sachen,
Die in der Probe wir vorher
So acht bis neunmal machen.
Herr Hoch, der bläst vielleicht die Post,
Herr Künzel die Ballade,
Und auf Verlangen streichen wir: —
Die Wüerst'sche Serenade.

Sonnabend aber heißt es dann
Schon früh: „An die Gewehre!"
Damit im weißen Saale auch
Der Kaiser uns 'mal höre.
Kaum tritt er freundlichen Gesichts
Heraus auf die Estrade,
Geht auch die alte Leier los: —
Die Wüerst'sche Serenade!

So geht die Woche endlich um;
Des Sonntags scheint die Sonne;
Die schlechte Laune ist nun fort,
Rings herrscht nur Lust und Wonne.
Der Herr Direktor brummt nicht mehr
Und bringt aus reiner Gnade,
Weil wir so selten sie gespielt,
Die Wüerst'sche Serenade!

(Berl. Tgbtt.)

haushaltsetat von den konservativen Rednern in's Feld geführt werden.

— Bei der Besprechung des Etats durch die nationalliberale Fraktion am Dienstag wies, wie die „Magdeb. Ztg.“ mittheilt, ein dieser Fraktion angehöriger Abgeordneter auf die Nothwendigkeit einer genauen Prüfung des Eisenbahnetats und insbesondere einzelner Posten desselben hin. Durch Vergleichung der Zahlen früherer Jahre mit denen des jetzigen Etats habe er gefunden, daß die für Unterhaltung des Bahnkörpers, für Erneuerung des Oberbaues, sowie für Unterhaltung und Erneuerung der Betriebsmittel im Eisenbahnetat pro 1881—82 in Ansatz gebrachten Beträge um mindestens 10 Millionen zu niedrig seien. Eine entsprechende Erhöhung des Ausgabeetats sei um so mehr geboten, da schon seit mehreren Jahren mit Rücksicht auf die schlechte Finanzlage des Staates die Verwendungen für genannte Zwecke nicht mehr dem wirklichen Bedürfnisse entsprochen hätten, und da notorisch bei den meisten der neuerdings verstaatlichten Bahnen im Hinblick auf die Verstaatlichung an Erneuerungen u. dergl. stark gespart worden sei. Angesichts der Katastrophen des laufenden Jahres erscheine es als dringende Pflicht, wenigstens die unter normalen Verhältnissen erforderlichen Summen zur Verfügung zu stellen. Selbst die dem Etat als Anlage beigegebene Rücklagen-Berechnung führte, trotzdem sie von zu niedrige Beträge ergebenden Voraussetzungen ausgehe, zu dem Resultate, daß die im Etat für Erneuerungen eingestellten Beträge hinter dem erfahrungsmäßigen Bedürfnisse um 8 Millionen zurückbleiben. Stelle man nun obige 10 Millionen in Ausgabe, so vermindere sich dadurch der Ueberschuß der nicht unbeträchtliche außerordentliche Einnahmeposten enthaltenden Einnahmen des Staatsbudgets über die ordentlichen Ausgaben desselben auf 12½ Millionen, d. h. kaum genug, um die im Ausgabe-Extraordinarium steckenden Kosten für Reparaturen und andere eigentlich ins Ordinarium gehörende Kosten zu decken. Wende man die Grundsätze des zu erwartenden Garantiegesetzes auf das vorgelegte Budget an, so würde — selbst unter Annahme der Richtigkeit aller Zahlen — der dort herausgerechnete Ueberschuß von 22½ Millionen sich auf weit weniger als die Hälfte reduziren. In Zukunft werde man jedenfalls den Eisenbahnetat einer großen ständigen Kommission übergeben müssen, die auch die Normaltarife prüfe und die Verhandlungen mit dem Landeseisenbahnrath näher einsehe; die Budgetkommission könne unmöglich neben ihren sonstigen Arbeiten auch noch alle diese Aufgaben bewältigen.

— Ueber die Beziehungen Deutschlands zu Rußland wird der „Köln. Ztg.“ geschrieben:

Unser Verhältniß zu Rußland läßt jetzt manches zu wünschen übrig. Es liegt ja auf der Hand, daß Deutschland sich nicht zu dem Zwecke mit Oesterreich verbunden hat, um Rußlands Lieblingswunsch, die Eroberung von Konstantinopel, möglichst bald in Erfüllung gehen zu lassen, und so können wir von Rußland keine herzliche Freundschaft mehr erwarten. Es ist klug genug, seine Mißstimmung nicht offen an den Tag zu legen, doch verräth sich dieselbe in Kleinigkeiten. So klagt Rußland darüber, daß jetzt, wo ein Krieg zwischen China und Rußland auszubrechen drohe, deutsche Kaufleute die Chinesen mit Waffen und sonstigen Kriegsbedürfnissen versehen. Es ist freilich wahr, daß die deutschen Kaufleute in den chinesischen Häfen schon seit 20 bis 30 Jahren einen bedeutenden und einträglichen Handel mit Waffen treiben. Durch die vielen Empörungen, Unruhen und Kriege ist in China das Bedürfniß nach vervollkommneten europäischen Waffen sehr groß. Was kann indessen die deutsche Regierung thun, um diesen Waffenhandel zu beaufsichtigen und zu beschränken? Die deutschen Kaufleute in China können ihre Waffen nicht blos bei Krupp und von Deutschland, sondern auch von England, Amerika u. s. w. beziehen.

Frankreich.

Paris, 9. November. Die bereits bekannt gegebene Erklärung, welche der Konseilpräsident Ferry im Namen der Regierung in der Deputirtenkammer verlas, wurde vom Centrum und der Linken mit Beifall aufgenommen, während die Rechte sich in Schweigen hüllte. Corentin Guyot legte auf den Tisch des Hauses einen Antrag nieder, die bischöflichen Gewalten in Frankreich zu beschränken. Laisant brachte einen Antrag ein bezüglich der Untersuchung über den General Cissey. Er widersetzte sich zwar nicht der Dringlichkeit, falls sie von anderer Seite beantragt werden sollte, behielt sich aber vor, in der Kommission auf die Mißstände hinzuweisen, die eintreten könnten, wenn man sich schon jetzt mit der Sache befasse, während sie noch in den Händen des Strafrichters sei. Allerdings dürfte das Recht der Kammer nicht beeinträchtigt werden. Janvier de la Motte meinte, die Frage gehe hauptsächlich den Kriegsminister an, der die Ehre der Armee wahren soll. Der Kriegsminister erklärte: Es handelt sich um eine Angelegenheit der Regierung. Diese und die Kammer werden darüber zu urtheilen haben. Hierauf wird die Dringlichkeit mit 263 gegen 108 Stimmen ausgesprochen. Bei der hierauf folgenden Festsetzung der Tagesordnung wünschte der Ministerpräsident Ferry dieselbe in der Weise festgestellt, daß zuerst die Unterrichtsgesetze, dann das Gesetz betreffend die Reform des Richterstandes, hierauf das Paßgesetz berathen werden. Ballue beantragt, die Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Reform des Richterstandes, zuerst vorzunehmen, um gewissen schweren Unzuträglichkeiten ein Ende zu machen. Bei der Abstimmung beschloß die Kammer mit 200 gegen 166 Stimmen, daß das Unterrichtsgesetz nicht als erstes zur Verhandlung kommen solle. An die Spitze der Tagesordnung für die nächste Sitzung wurde das Magistraturgesetz gestellt. Baudry d'Asson (Royalist) ruft aus: Während der jetzigen kurzen Session werden wir den Todeskampf der Republik erleben! (Lärm.) Baudry verlangt hierauf, daß die Kammer morgen eine Sitzung halte, um von „diesem Ministerium von Einbrechern“ Rechenschaft zu verlangen. (Lärm.) Auf Antrag des Kammerpräsidenten wird über Baudry die Censur und zeitweise Ausschließung verhängt. Baudry weigert sich, den Saal zu verlassen. (Ungeheurer Lärm.) Gambetta: Ich habe das vorausgesehen und hebe hiermit die Sitzung auf. (Ungeure Erregung.) Nächste Sitzung: Donnerstag.

Im Senate las der Minister Barthelemy Saint-Hilaire die Erklärung der Regierung vor; die Rechte unterbrach ihn fortwährend. Die Stelle über die Kongregationen wurde von der Linken mit Beifall begrüßt. Der Minister ruft der Rechten zu, er lese ein wichtiges Aktenstück vor; Rufe auf der Rechten. Der Minister fährt fort. Als er von der Auflehnung gegen die Gesetze spricht, ruft Buffet: „Verfolgen Sie dieselbe vor den Gerichten!“ Sainte Croix ruft: „Das werden Sie nicht wagen.“ Der Minister fährt fort; neue Unterbrechung. De Treveneuc: „Das ist nicht zu verstehen!“ Bocher: „Das ist eine Herausforderung, aber keine Rede.“ Auf der Linken: „Zur Ordnung!“ Der Präsident: „Sie haben nicht das Recht, dergleichen zu sagen.“ Bocher: „Ich habe das Recht, fortzugehen!“ Bocher verläßt den Sitzungssaal. (Stimmen auf der Linken: „Das ist Aufstand gegen den Senat.“) Der Minister fährt fort. (Neue Unterbrechungen.) De Treveneuc: Thiers würde Ihnen sagen: „Sie beleidigen mein Angedenken!“ (Lärm.) Tolain ruft! Die republikanische Regierung ist auf dieser Tribüne nicht geschützt. Der Minister schließt die Verlesung der Erklärung unter Beifallrufen der Linken.

Die Anfregung in Paris war wegen der Kundgebungen auf den Straßen und der stürmischen Sitzungen in beiden Kammern groß; sie stieg noch, als sich Abends das Gerücht verbreitete, das Ministerium sei wegen der Abstimmung über das Unterrichtsgesetz um seine Entlassung eingekommen und es sei auf 9 Uhr ein Ministerrath ins Elisée einberufen, in welchem über das Entlassungsgesuch berathen werden sollte. (Dieses Gerücht hat indessen, wie bekannt, bis jetzt keine Bestätigung gefunden.)

Rochefort wohnte der Kammersitzung bei. Als er den Palast verließ, bereitete man ihm eine Kundgebung. Sein Sohn und der Chefredakteur des „Citoyen“ waren bei ihm. Da die Menge immer mehr anwuchs, nahm Rochefort einen Wagen und fuhr davon, begleitet von einem Polizeiagenten in Zivil und einem Stadtsergeanten. Eine ungeheure Menschenmenge befand sich vor der Kammer und namentlich bemerkte man viele Kommunarden. Man befürchtet, daß solche Massenansammlungen bei der Kammer sich während des Winters wiederholen werden. Es heißt, Gambetta wolle als Kammerpräsident außerordentliche Maßregeln ergreifen. Man glaubt, daß die Session sehr stürmisch werden wird. Die republikanische Linke im Allgemeinen und ein Theil des linken Zentrums wollen die Regierung unterstützen, aber die äußerste Linke und ein Theil des rechten Zentrums und des linken Zentrums, ein kleiner Theil der republikanischen Linken und die Rechte sind dem Ministerium ungünstig gesinnt.

Großbritannien und Irland.

London, 10. November. Bei dem gestrigen Lord-mayorsbankett beantwortete der erste Lord der Admiralität, Lord Northbrook, den Toast auf die Flotte und hob dabei hervor, der Befehlshaber des österreichischen Geschwaders habe dem Botschafter Elliot seine große Befriedigung über die Eintracht und den guten Geist unter den Offizieren der alliirten Flotte während ihres Aufenthalts in den österreichischen Gewässern ausgesprochen. Der französische Botschafter, Challemel-Lacour, beantwortete den Toast auf die auswärtigen Botschafter und bemerkte dabei, alle Staaten hätten schwierige innere Fragen zu lösen, aber alle zivilisirten Völker hätten eine gemeinsame Aufgabe, nämlich diejenige, welche den Frieden in Europa im Allgemeinen betreffe. Der Premier Gladstone beantwortete den Toast auf die Minister und äußerte dabei u. A.:

In Afganistan haben wir die Aufgabe, die Unabhängigkeit des Volkes zu sichern und freundliche Beziehungen wieder herzustellen. Dieser Wunsch ist noch nicht vollständig erfüllt, aber wenigstens in einem Theile des Landes sind die Zustände ermuthigende, es muß uns ein allmäliger regelmäßiger Fortschritt genügen; unsere dort verwendeten Streitkräfte sind bereits um 30,000 Mann vermindert worden. Was die Orientfrage anbetrifft, so konnten wir die Erklärungen und das Werk unserer Vorgänger adoptiren. Lord Beaconsfield erklärte mit Recht vor zwei Jahren, daß der berliner Vertrag, wenn er ausgeführt sei, Europa große Segnungen verheiße, und daß England wenigstens vor keiner Verpflichtung in Bezug auf dessen Ausführung zurückschrecken werde. Lord Beaconsfield hatte die zuversichtliche Hoffnung, daß die Bestimmungen der Verträge binnen kurzer Frist ausgeführt sein würden. Wir aber fanden viele wichtige Bestimmungen unerfüllt und erklärten unser Bestreben, die Ausführung zu sichern. Wir glauben, daß zwei Dinge für den Bestand der Türkei nothwendig sind, nämlich erstens die Erfüllung der internationalen Pflichten, zweitens aber ist erforderlich, daß der Zustand der Völker unter türkischer Herrschaft durch gleiche Gesetze ein erträglicher werde. Wir wünschen nur die möglichst kleinste Veränderung, die zur Erreichung des Zweckes nothwendig ist. Der berliner Vertrag nahm eine Gebietsberichtigung in einer türkischen Provinz in Aussicht, die noch nicht erfolgt ist, ferner ein Arrangement betreffend Griechenland, das bisher noch keine Fortschritte gemacht hat, endlich die Abstellung großer Mißbräuche in Armenien und anderen Theilen der Türkei, wozu bisher noch kein praktischer Schritt geschehen. Redner glaubt nicht, daß England allein die Verpflichtungen übernehmen solle, welche Europa zukommen. Alles, was England thun könne, sei, durch freundschaftliche und achtungsvolle Mittel die Bildung des europäischen Konzerts und dessen Anwendung für segensreiche Zwecke zu unterstützen, zu empfehlen und zu fördern. Dieses Konzert empfehle sich dadurch, daß durch dasselbe allein alle gegenseitigen Eifersüchteleien beseitigt werden können. Allerdings sei es nicht leicht zu handhaben, weil jene Freiheit der Anschauung und jene vollkommene Unabhängigkeit, die unter den Mächten herrschen müsse, es im Gegentheil sehr mühevoll mache, mittelst seiner Anwendung Fortschritte zu machen. „Dennoch verzweifle ich nicht gänzlich, mittelst des europäischen Konzerts mindestens etwas zu erreichen.“

Sodann bezeichnete der Premier Gladstone, wie bereits kurz telegraphisch gemeldet, die irischen Angelegenheiten als die hauptsächlichste Sorge seit dem Schlusse der Session.

Es sei ein segensreicher Umstand, daß eine reichliche Ernte stattgefunden habe, trotzdem sei leider! Unordnung entstanden. So sehr auch eine Reform und Verbesserung des Gesetzes nothwendig sein möge, so hätte eine Pflicht noch höher stehen müssen, nämlich die Aufrechterhaltung der Ordnung. Er werde, falls es nöthig sein sollte — was er jedoch nicht hoffe — nicht zögern, um die Verleihung größerer Gewalten nachzusuchen. In der Orientfrage sei die Regierung im Stande gewesen, die Ziele des vorigen Kabinets aufzunehmen; dieselbe habe gesucht, die Erfüllung des berliner Vertrags durch das europäische Konzert zu erreichen. Die Regierung habe keine separate Aktion gewollt, halte es nicht für wünschenswerth, sich vom europäischen Konzerte zu trennen und habe nicht gänzlich daran verzweifelt, wenigstens Etwas durch das europäische Konzert zu gewinnen. Innerhalb der letzten zwölf Stunden seien der Regierung auf besonderen Befehl des Sultans abgesandte Telegramme zugegangen, des Inhalts, daß der Sultan gute Hoffnung habe, daß heute oder morgen höchst befriedigende Nachrichten von Dulcigno eingehen würden und in den letzten zwei Stunden sei ein weiteres Telegramm gefolgt, welches konstatire, daß der Sultan glaube, die Nachricht werde darin bestehen, daß die Uebergabe Dulcigno's durchgeführt worden sei.

Vom Landtage.

6. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

(Schluß.)

Abg. Hänel: Ich verstehe nicht, und bin dadurch überrascht, daß sich der Herr Minister für seine Vorlage auf gegenüberstehende Strömungen und sodann auf die von ihm angeführten politischen Verhältnisse beziehen kann. Wo sind denn die Strömungen? Wo hat der Minister irgend wem in der Provinz Gelegenheit gegeben (das könnten doch nur die Landräthe sein), sich ein definitives Urtheil über die Verhältnisse zu bilden? Ist der Provinziallandtag gehört worden? Wäre er es, dann würden wir Parteien vor uns sehen statt der Versammlung von Landräthen, die der Minister einberufen hat. Wie können Strömungen vorhanden sein, wenn die Bewohner der Provinz die größte Schwierigkeit haben, sich ein klares Bild der Wirkungen der Vorlage und unserer entgegenstehenden Anschauungen zu machen? Aus der flüchtigen, nach Wochen zählenden Bekanntschaft mit dem Projekt des Ministers bereits eine Strömung für oder wider zu konstruiren, ist vollkommen künstlich. Sie existirt nicht. Was Sie so nennen, sind Ihre bureaukratische Berichte und nichts Anderes (Widerspruch rechts), ja wohl, die Berichte, die der Minister lediglich auf bureaukratischem Wege hat einziehen können; woher soll er sie sonst haben? Nirgends sind Organe gewählt, nirgends Vertrauensmänner hinzugezogen worden. Sodann hat er die Verhältnisse in Nordschleswig in seine Deduktion gezogen und gesagt, nichts sei gefährlicher als derartige ungleiche Körper etabliren zu wollen, wodurch er also anerkennt, daß die Kreisordnung für Schleswig-Holstein das Recht der Provinz in Bezug auf kommunale Selbstverwaltung gegenüber den alten Provinzen in der That vermindern würde und dies soll durch die nationale Agitation in den nördlichen Distriten gerechtfertigt werden. Dieselbe existirt in bestimmten, leicht zu bezeichnenden Distrikten und schwindet sichtlich von Tag zu Tag. Derartige Zustände sind gar nicht zu vergleichen mit der Agitation in der Provinz Posen oder in den Reichslanden. Man mag für einige Distrikte Nordschleswigs vielleicht einzelne außerordentliche Vollmachten verlangen; aber ihretwegen der ganzen Provinz eine Institution versagen, das kann sie nur schwer verletzen. Die Hauptsache ist, ob wir die Prinzipien der Kreisordnung, wie sie für die alten Provinzen feststehen, auf Schleswig-Holstein übertragen sollen. Hier frage ich den Minister: welches sind die Prinzipien, die er zum Maßstabe nimmt? Ich behaupte, daß wir noch gar nicht in der Lage sind, sie festzustellen. Es ist falsch und meiner Ueberzeugung nach sachlich unrichtig, daß der Minister jetzt den Weg nimmt, in den Provinzen zunächst die Kreisordnung einzuführen, wo die Verhältnisse überaus schwer zu übersehen sind. Das gilt an erster Stelle von Schleswig-Holstein. Meine Herren, bevor Sie für Schleswig-Holstein die Kreisordnung machen, müssen Sie erst die Prinzipien für die Kreisordnung von Westfalen und Rheinland feststellen. Der Grund liegt auf der Hand. Der große Unterschied zwischen den östlichen Provinzen und den westlichen ist der, daß Sie in den westlichen ausgebildete Gesammtkommunen, die Bürgermeisterei und das Amt haben. Bei jeder Ausdehnung der Kreisordnung auf die anderen Provinzen müssen Sie sich fragen, wie werden wir die Organisation der Kreisordnung in Einklang bringen mit diesen Gesammtkommunen? Wie bilden wir den Kreistag, wie organisiren wir die lokale Polizei? Diese zwei Grundfragen bedürfen einer ganz neuen Beantwortung für die westlichen Provinzen, und vorher können Sie für den Zweck der Einführung der Kreisordnung nicht feststellen, was ist Prinzip und was nicht. Bei den Berathungen der Kreisordnung war der Grundgedanke: wo eine leistungsfähige Gemeinde vorhanden war, da sollte der Gesammtamtsvorsteher der Gemeindevorsteher sein; wir müssen aber erkennen, daß in den östlichen Provinzen diese tragfähigen Kommunen nur im geringen Maße vorhanden sind. Wir haben als Auskunftsmittel den zusammengesetzten Amtsbezirk und den sogenannten aristokratischen Amtsvorsteher prinzipiell hingestellt, aber wir sorgten dafür, daß wo nur immer möglich, ein gemischter Amtsdistrikt und der diesem vorstehende Amtsvorsteher auf kommunalen Grundlagen gemacht wurde und haben deshalb den Amtsausschuß konstruirt. Der Gedanke dabei ist die Inkommunalisirung der lokalen Polizei. Mit diesem Gedanken bricht man aber, wenn man da, wo die leistungsfähige Gesammtkommune vorhanden ist, den Amtsvorsteher und den Gedanken der Amtsverwaltung verläßt. Das Einschneidendste jedoch ist die Bestimmung des § 118, wonach die zu den bisher Verpflichteten gehörenden Kommunalverbände nur so lange bestehen bleiben sollen, als dies zur Abwickelung ihrer privat- oder öffentlich rechtlichen Verbindlichkeiten erforderlich ist. Meine Herren! das ist der letzte Angriff auf die Tendenz der Kommunal-Entwickelung in Schleswig-Holstein, sich zur Großkommune zu bilden. Ueberall, wo nicht der Großgrundbesitz seine zersetzende Wirkung auf die kommunalen Verhältnisse ausgeübt hat, finden sie in Schleswig-Holstein die vollkommen organisirte Gesammtkommune. Es ist eine der schwersten Thaten, daß man 1867 die auf Zweiggemeinden hinstrebende Gemeindeordnung von 1856 in ganz künstlicher Weise bei uns einführte. Die Großkommunen resp. deren Ansätze sind durch alle Kreise Schleswig-Holsteins mit ganz bestimmten Ausnahmen verbreitet. Ich für mein Theil bin gewiß ein guter Liberaler, aber das muß ich Ihnen sagen: die Eingriffe, die man in ganz gesunde und tüchtige Organisationen mit dieser Vorlage macht, sind für mich viel zu revolutionär, dafür bin ich viel zu konservativ. (Heiterkeit.) Meine Herren! in den Marschen baut sich die Großkommune der Kreise, die Landschaft, in einer Weise auf, von der vielleicht die Anhänger des allgemeinen Wahlrechts und diejenigen, welche den Liberalismus und Schematismus immer gleichstellen, nicht befriedigt sein werden: Aus der Wahl der Interessenwirthschaft geht zunächst der Gemeindevorstand, die Bauerschaft hervor, hieraus das Kirchspielkolleg und dessen Vorstand und sodann die Landschaftsversammlung. In diesen ganz gesunden Organismus, da wirft die Kreisordnung den dort ganz unbekannten Unterschied zwischen Groß- und Kleingrundbesitz hinein. Nennt man das organisch konstruiren, ist das wirklich konservativ? Ist das wirklich das Prinzip der Kreisordnung? Ich sage „nein“, meine Herren, denn dann müssen Sie uns erst versichern, daß Sie dasselbe Experiment in Rheinland und Westfalen machen wollen. (Zuruf: Gott soll uns davor bewahren!) Ja, wenn Gott Sie davor bewahren soll, dann bewahren Sie als Abgeordnete die Schleswig-Holsteiner auch davor. (Heiterkeit.) Wenn mir aber entgegengehalten wird, diese kommunalen Organisationen seien in anderen Kreisen nicht vorhanden, so bitte ich doch irgend einen Kreis zu nennen. Ich werde sofort nachweisen, daß es überall solche der Ausbildung sehr fähige Ansätze giebt. Die alten Amtsverbände ohne Weiteres zu beseitigen, das ist ein solches Präjudiz für die künftige Landgemeindeordnung, daß es für mich einfach gegen mein Gewissen geht, auf Grund der ganz oberflächlichen Motivirung in der Vorlage

hier einen derartigen Paragraphen aufzunehmen. Es ginge aber auch gegen mein Gewissen, derartigen Bildungen in Schleswig-Holstein gegenüber aus jenen allgemeinen Raisonnements ohne Weiteres zu sagen, das Institut der Amtsverwaltung, des Amtsvorstehers ist in Schleswig-Holstein nicht einführbar. Meine Herren! die allgemeinen Gründe, die in der Motivirung enthalten sind, auf Grund dieser sich dazu zu entschließen, das ist eine Zumuthung, zu deren Zurückweisung es schwer ist, sich im Zaum zu halten. Nach allen meinen Deduktionen bedürfen wir ein Doppeltes: eine prinzipielle Stellungnahme der Regierung in Bezug auf alle diejenigen Landtheile, wo die Großkommune eingeführt ist, zweitens Schleswig-Holstein gegenüber einer ganz neuen Statistik über die vorhandenen Kommunalverbände, ihre Größe und Kompetenzen und welche etwa in neuerer Zeit zu Gunsten der Zersplitterung in Kleinkommunen unterdrückt sind. Warum hat man dies statistische Material nicht gegeben? Es ist ja das grundlegende Kriterium. Dieses Material muß auch zeigen, wie der Großgrundbesitz in Schleswig-Holstein sich vertheilt. Denn Sie werden darin finden, daß hier die Großgrundbesitzungen sich lokal dergestalt zusammenschließen, daß demgegenüber die Dorf- und Landgemeinden einen regelmäßig geschlossenen Distrikt bilden. Das ist von großer Wichtigkeit auch für die Bildungen der Amtskommunen und die Bestimmungen bezüglich des Amtsvorstehers. Man gebe uns also vor allen Dingen das statistische Material, dann können wir urtheilen.

Damit schließt die Debatte. Die Vorlage wird derselben Kommission überwiesen, welche das Zuständigkeitsgesetz vorberäth, jedoch soll sie zur Berathung der Kreisordnung für Schleswig-Holstein um 7 Mitglieder aus dieser Provinz verstärkt werden.

Es folgt die erste Berathung der Kreisordnung und des Einführungs-Gesetzes zur Provinzialordnung für die Provinz Posen.

Abg. v. Stablewski (Krotoschin), der wegen seines prononcirt polnischen Dialekts und seines leisen Organs auf der Tribüne nur schwer verständlich ist, giebt zunächst einen historischen Rückblick über die Entwickelung der Verwaltungsorganisation in Posen und wendet sich sodann namentlich gegen die Beibehaltung der Distriktsbeamten. Warum wolle man nicht mit der Einführung der Amtsvorsteher vorgehen? Die Motive wiesen in dieser Beziehung auf die nationalen Gegensätze in den polnischen Landestheilen hin, welche es unthunlich und bedenklich erscheinen ließen, die Verwaltung der lokalen Polizei Organen der Selbstverwaltung anzuvertrauen. Nach seiner, des Redners, Erfahrung auf Kreis- und Provinzialtagen könne indessen von nationalen Gegensätzen nicht die Rede sein. Er gebe zu, daß auf politischem Gebiete nationale Gegensätze existiren; dafür sei aber lediglich die Regierung verantwortlich zu machen, weil sie geradezu ein System der Verfolgung des polnischen Elements (!!!) geschaffen habe. Auch diese monströse Kreisordnung werde nicht verfehlen, die Gemüther noch mehr zu erbittern und die Gegensätze zu schärfen. Hierdurch werde aber die hier in Betracht kommende Frage nicht tangirt; im Gegentheil sei der neutrale Boden der kommunalen Selbstverwaltung bisher stets von diesen Kämpfen verschont geblieben (?). Weiter vermisse die Regierung bei uns die nöthige Zahl geeigneter Männer für die Funktionen der Amtsvorsteher. Dies sei nur richtig, wenn man den Bildungsgrad, den man für sie fordere, nach ihrer Kenntniß der deutschen Sprache bemesse. Redner hält sodann die Bestimmungen des Entwurfs über den Kreisausschuß, der nicht gewählt, sondern ernannt werden solle, für unannehmbar. Die Vorschrift, die Großgrundbesitzer zur Wahl ihrer Vertreter zu Bezirken zusammenzuberufen, sei in der klar zu Tage tretenden Absicht geschehen, das deutsche Element auf den Kreistagen zu verstärken. Von einem Schutze der Minorität könne unter diesen Umständen nicht mehr die Rede sein.

Abg. Günther betont das dringende Bedürfniß einer die Städte und den kleinen Grundbesitz mehr als bisher berücksichtigenden Kreisvertretung und die Nothwendigkeit, die Konsequenzen der allgemeinen Landesorganisation auch für die Provinz Posen zu ziehen. Schon diese Argumente müßten unbedingt dahin führen, die Frage, ob die Einführung einer neuen Kreis- und Provinzialordnung zweckmäßig sei, zu bejahen. Verstärkt würden diese Gründe noch dadurch, daß erst durch die neue Gesetzgebung die Vorbedingung zur Einführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit geschaffen werde, ein Ziel, dessen Erreichung von allen Seiten mit dem lebhaftesten Interesse angestrebt werden müsse. Es könne sich also nur noch um die Frage handeln, in welcher Form die Kreis- und Provinzialordnung auf die Provinz Posen zu übertragen sei. Von keiner Seite könne geleugnet werden, daß in diesem Landestheil ein scharfer Gegensatz der Nationalitäten vorhanden sei, welcher gewisse Abänderungen der Kreis- und Provinzialordnung von 1872 für Posen rechtfertige, und die Regierung erfülle nur ihre Pflicht, wenn sie zum Schutze der Minorität Kautelen schaffe. Ob diese Kautelen in diesem oder jenem Punkte gemildert werden könnten, darüber werde die Kommission in eingehende Berathung treten müssen. Namentlich werde zu erwägen sein, ob nicht der Kreisausschuß, der nach der Vorlage vollständig ernannt werden soll, vielleicht nur zur Hälfte ernannt und zur Hälfte gewählt, oder auf Präsentation der Kreisverbände ernannt werden könne. Was die Berufung von Distriktskommissarien betreffe, so dürfe man nicht übersehen, daß eine Zwischeninstanz zwischen dem Landrath und der Gemeinde unbedingt nothwendig sei. Der vorhandene nationale Gegensatz werde in den meisten Fällen die ehrenamtliche Verwaltung dieser Zwischeninstanz durch einen Amtsvorsteher unmöglich machen; es werde also doch eine kommissarische Verwaltung eintreten und somit derselbe Zustand eintreten, welchen jetzt die Regierung mit der Institution der Distriktskommissarien herbeiführen wolle. Thatsache sei, daß sich bis jetzt diese Distriktskommissarien recht gut bewährt und durch ihre Amtsführung die Zufriedenheit der Bevölkerung erworben hätten. Ueber einzelne spezielle Abänderungen werde die Kommission sich schlüssig zu machen haben und dadurch das Zustandekommen des Gesetzes erleichtern, für welches die Provinz Posen der Regierung wie dem Hause zu Dank verpflichtet bleiben werde.

Abg. Magdzinski beruft sich auf die Autorität des Abg Gneist, welcher in seinem „Rechsstaat" ausdrücklich anerkannt habe, daß die Institution der Amtsvorsteher als die Hauptsäule der ganzen Verwaltungsorganisation von 1872 zu betrachten sei. Die Bestimmung, daß der Kreisausschuß nicht gewählt, sondern ernannt werden solle, sei ein Beweis von beleidigendem Mißtrauen. Ebenso verletzend wie die Ernennung des Kreisausschusses sei die Bestimmung, daß der König das Recht haben solle, außer dem Vorsitzenden noch zehn Mitglieder für den Provinziallandtag zu ernennen. Eine solche Vorschrift sei — wie auch in den Motiven anerkannt werde — direkt gegen die Polen gerichtet.

Abg. Hahn erinnert daran, Lasker habe seiner Zeit ausgeführt, daß bei nationalen Gegensätzen Selbstverwaltung nicht möglich sei, weil die in der Minorität befindliche Nationalität der majorisirenden keine Unparteilichkeit zutrauen würde; der Minister habe damals auch gesagt: wenn der Staat im Interesse der Selbstverwaltung auf einen Theil seiner Macht verzichte, so könne das nur geschehen, wenn diejenigen, denen die Macht übertragen würde, rückhaltlose Angehörige des Staates seien. Eine nationale Spannung bestehe in der Provinz nicht nur, sondern sei vielleicht noch stärker geworden, wozu auch die kirchlichen Wirren beitrugen. Bei der bromberger Gewerbe-Ausstellung hätten sich polnische Handwerker nicht betheiligt, trotzdem sie anfänglich dazu sich bereit zeigten; sie seien von gewissen Kreisen beeinflußt worden. Aehnlich sei es bei der landwirthschaftlichen Provinzialausstellung zugegangen. Redner verweist ferner auf die bekannte Fahnenaffaire; ein polnischer Gutsbesitzer habe auf seinem Schlosse eine Fahne aufgehißt mit der Inschrift: Smierć Niemcom! Tod den Deutschene Das sei doch ein deutlicher Beweis für das Bestehen nationaler Gegensätze. Die Annahme des Gesetzes sei keine Feindseligkeit gegen die Polen; die Abweichungen seien gerechtfertigt durch die besonderen Verhältnisse der Provinz, die nur dann anders werden könnten, wenn die Polen endlich einmal die alten, von der Geschichte längst überholten Verträge und internationalen Transaktionen vergessen könnten. Die Abneigung gegen die Distriktskommissare sei weniger gegen die Institutionen als gegen die Personen, welche die Posten inne haben, gerichtet; es habe aber das seinen Grund in den schlechten Besoldungsverhältnissen dieser Beamten, die ordentlich qualifizirte Leute fern halte. Die Zerlegung der Klasse der Großgrundbesitzer in mehrere Wahlbezirke sei nicht darauf gerichtet, die Polen zu eliminiren, sondern habe nur den Zweck, die Minoritäten zu schützen. Daß das Vorschlagsrecht des Kreistages für das Landrathsamt suspendirt bleiben müsse, sei wohl selbstverständlich; es wäre aber empfehlenswerth, wenn die Regierung, wie dies bisher schon geschehen ist, auf Kreiseingesessene zurückgreifen wollte. Die Zusammensetzung des Kreisausschusses aus ernannten Mitgliedern sei allerdings eine große Abweichung von der Kreisordnung von 1872, aber das Hauptgewicht liege ja nicht darin, daß die Selbstverwaltungsorgane gewählt seien, sondern in der Zuziehung des Laienelements überhaupt. Wolle man auf den sogenannten Friedenthal'schen Entwurf zurückgreifen und drei Kreisausschußmitglieder ernennen, drei wählen lassen, so würde trotzdem mit Hinzutritt des Landrathes die Mehrheit immer aus ernannten Mitgliedern bestehen.

Abg. Kantak: Die Vorlage, so wie sie ist, ist für uns unannehmbar. Ich verstehe nicht, weshalb man sich scheut, die Bestimmungen über den Kreisausschuß, wie sie in der Kreisordnung von 1872 enthalten sind, auf uns zu übertragen. Bewähren sich dieselben nicht, dann könnte die Regierung immer wieder eine Aenderung im Wege einer Novelle beantragen. Die Spannung, von der der Vorredner gesprochen, ist keineswegs so alten Datums, wie dieser gemeint hat; sie ist vielmehr lediglich durch das Kulturkampfgesetz und durch das Sprachengesetz erst hervorgerufen worden. Wie sehr man das polnische Element zurückzudrängen suche, versucht Redner an verschiedenen Beispielen nachzuweisen; er weist u. A. darauf hin, daß die deutschen landwirthschaftlichen Vereine eine Staatsunterstützung erhalten, die polnischen dagegen nicht.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Ich muß zunächst bestreiten, daß die in der Kreisordnung vorgesehenen Maßregeln gegen die Polen gerichtet seien. Wir befinden uns einer Provinz gegenüber, in welcher durch nationale Gegensätze eine Spannung der Verhältnisse eingetreten ist, welche in Beziehung auf die Verwaltungsorganisation besondere Vorbeugungen erfordert. Es ist ebenso unzutreffend, diese Maßregeln als gegen eine Nationalität gerichtet zu betrachten, als es falsch ist, daß die Regierung sich den Polen gegenüber schwach fühle. Die Kautelen sind nicht nothwendig im Interesse der Regierung, sondern im Interesse der dort lebenden Bevölkerung. Die Regierung hat sich stark gezeigt, indem sie das vorschlug, was sie für nothwendig hält, trotzdem sie voraussah, daß sie von einem Theil der Bewohner starke Opposition erfahren würde. (Beifall.)

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt, ein Vertagungsantrag angenommen.

Schluß 4¼ Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr (Kreisordnung für **Posen.** Weichselstädtebahn und Rechnungsvorlagen).

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 11. Novbr. Die parlamentarischen Kreise betrachten die Ministerkrisis als beigelegt; man erwartet, daß die Kammer heute dem Ministerium ein Vertrauensvotum ertheilt und das Ministerium die von der Kammer aufgestellte Reihenfolge der Berathung annimmt. (Wiederholt.)

Washington, 11. Nov. Ein Zirkular des Staatsdepartements macht bekannt: Alle als Bürger der Vereinigten Staaten naturalisirten Deutschen, einschließlich der Elsässer, welche Deutschland — in der Absicht, nach Amerika zurückzukehren — besuchen, werden seitens der Unionsregierung den gehörigen Schutz erhalten, obgleich sie aufgefordert werden dürften, ihre Naturalisation zu beweisen, sowie auch, daß sie von der deutschen Armee nicht desertirt sind.

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung".

↗ **Berlin,** 11. November, Abends 7 Uhr.

[Abgeordnetenhaus-Sitzung.] Eingegangen ist ein Antrag vom Abg. Cuny, betreffend das Gerichtskostengesetz. Es folgt die Fortsetzung der ersten Berathung der Kreis- und Provinzialordnung für die Provinz Posen.

Tiedemann hebt hervor, die Vereinigung bei den polnischen Parteien mit den Ultramontanen habe einen förmlichen Terorismus erzeugt, dessen Einfluß überall zu spüren sei, welcher durch die Gewährung der vollen Selbstverwaltung noch vermehrt würde. Mit der Regierungsvorlage erklärt Redner sich einverstanden, nur wünscht er, daß die Qualität der Distriktskommissare eine bessere werde.

Windthorst will voll und ganz für die Rechte der Polen eintreten, soweit sie dieselben auf ordentlichem Wege verfolgen. Daß sie auf revolutionären Wegen sie erreichen wollten, ist ihm zweifelhaft. Er erwarte die besten Erfolge von der Gewährung der vollen Selbstverwaltung. Es sei nur nöthig, dem Verhältniß der Nationalität entsprechend die Vertretung im Provinziallandtage zu regeln. Das Zusammengehen der Polen mit den Ultramontanen sei völlig gerechtfertigt, wo es sich um Wahrung der gemeinsamen Rechte handle.

Minister Eulenburg dankt Windthorst für das ausgesprochene Wohlwollen und wünscht dieses auch auf das Ergebniß seiner Arbeiten erstreckt zu sehen. Es habe sich bei der getrennten Vorlegung der Kreisordnungen nicht um Theilen und Herrschen gehandelt; es habe sich nicht anders machen lassen. Die Gründe, welche Windthorst zur Wiederholung der Forderung einer gleichzeitigen Vorlegung sämmtlicher Kreis- und Provinzialordnungen veranlaßt, scheinen dem Minister lediglich partei-politische zu sein. Das und die neue Anwendung des sonst so verpönten „do ut des", welche Politik nur einer fremden Nationalität, nicht aber dem Staate gegenüber anzuwenden sei, darüber könne er hier nicht sprechen, noch weniger aber könne er sich über diese Politik in Oesterreich äußern. Was die Polen selbst betreffe, so verweise er auf das Verhalten der polnischen Presse, welche die Ovationen, die dem Kaiser von Oesterreich dargebracht wurden, als unpatriotisch bezeichnet hätten. Volle Selbstverwaltung könne nicht in Posen eingeführt werden, weil ein ersprießliches Zusammenwirken der beiden Nationalitäten um deswillen unmöglich sei, da die Gegensätze andere seien als anderwärts und auf alle Gebiete des Lebens übergreifen.

Nachdem v. Stablewski nochmals den Standpunkt der Polen dargelegt, wird die Vorlage an die durch 7 posensche Abgeordnete verstärkte Kompetenz-Kommission verwiesen. Hierauf wird debattenlos die dritte Berathung des Gesetzentwurfs betr. die Weichselstädtebahn erledigt. Die Rechnungen der Ober-Rechnungskammer werden der Rechnungskommission, der Bericht über den Erwerb von Privatbahnen der Budgetkommission überwiesen. Es folgt die Berathung der Uebersicht der Staatseinnahmen und Ausgaben von 1879/80.

Rickert kritisirt die finanziellen Ergebnisse des abgelaufenen Etatsjahres und behauptet, daß keineswegs der wirthschaftliche Aufschwung, von dem der Finanzminister bei der Einbringung des Etats gesprochen, aus den einzelnen Ziffern zu erkennen sei. Wenn Ueberschüsse erzielt würden, liege das an den neuen Steuern und Zöllen; von einer Erleichterung des Volks durch die neue Zoll- und Wirthschaftspolitik könne nicht die Rede sein. Durch diese Politik sei gerade der natürliche Aufschwung der wirthschaftlichen Verhältnisse verhindert worden. Er ersuche den Finanzminister um einige Erläuterungen, in welchen Verwaltungszweigen eigentlich die Verhältnisse sich günstiger gestaltet hätten. Redner beantragt schließlich die Ueberweisung des Berichts an die Rechnungskommission.

Finanzminister Bitter beginnt mit dem Ausdruck der Ueberzeugung, daß der wirthschaftliche Niedergang der letzten Jahre bald zu Ende sein und daß die Hoffnungen, welche vielfach von der neuen Wirthschaftspolitik gehegt würden, in nicht ferner Zeit zum Segen des Vaterlandes in Erfüllung gehen würden. Die vom Vorredner gewünschte Auskunft über die Ergebnisse der einzelnen Verwaltungen könne er erst geben, wenn er sich vorher mit den betr. Ressortchefs in Verbindung gesetzt habe. Daß ein Rückgang stattgefunden, daß er (der Minister) bei Einbringung des Etats irgendwie die Verhältnisse gefärbt oder entstellt habe, bestreite er entschieden. Die von ihm damals gemachten Angaben seien in allen Punkten exakt gewesen. Das Defizit des letzten Etatsjahres sei nur durch ganz unerwartete Mehrausgaben, die im letzten Moment noch in Folge unvorhergesehener Ereignisse nöthig wurden, herbeigeführt. Ein Niedergang sei im Jahre 1879/80 in keiner Weise eingetreten. Es habe ein Stillstand im Niedergange stattgefunden und werde bald ein Aufschwung bemerkbar sein. Er könne auch nur wiederholen, daß die Finanzergebnisse der letzten 6 Monate gegen das Vorjahr eine ganz bedeutende Verbesserung zeigen.

v. Minnigerode hebt hervor: Niemand behaupte, daß die wirthschaftlichen Verhältnisse sich mit einem Schlage bessern würden.

Rickert meint, es frage sich sehr, ob das heutige preußische Finanzministerium noch die ihm zukommende Macht habe. Das Kollegialsystem sei doch jedenfalls erschüttert.

Finanzminister Bitter verwahrt sich gegen den Vorwurf Rickert's, als sei die Kollegialität des Ministeriums erschüttert; dieselbe bestehe vielmehr fort. Er betreibe selbständige Politik, ohne sich durch irgend einen Minister, und stehe er noch so hoch, beeinflussen zu lassen.

Minnigerode tritt nochmals den Ausführungen Rickert's entgegen.

Meyer (Breslau) bestreitet, daß man von einem wirthschaftlichen Aufschwung jetzt schon reden könne. Die Uebersicht wird an die Rechnungskommission verwiesen. Der Entwurf, betreffend die Erweiterung des Unternehmens der Westholsteinischen Eisenbahngesellschaft durch den käuflichen Erwerb der Eisenbahn Wesselburen-Heide auf Antrag Hammachers, der Justizkommission überwiesen.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. Etat.

Koblenz, 11. Novbr. Die „Koblenzer Zeitung" meldet: General Göben, seit dem 9. d. an der Diphteritis und Gesichtsrose erkrankt, verbrachte die verflossene Nacht sehr unruhig. Das Fieber ist heute Morgen gestiegen, die Rose ist über den ganzen Kopf verbreitet, die Schwäche ist groß.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

♁ Die Frage der Benutzung des Wassergases als Heiz- und Wärmematerial wird in einer im Verlage von J. F. Bergmann in Wiesbaden erschienenen Broschüre vom technischen Standpunkte aus erörtert. Die Broschüre ist betitelt: Wassergas als der Brennstoff der Zukunft. Der Verfasser, Ingenieur Julius Quaglio, behandelt diese hochwichtige Frage mit Sachkenntniß und Gewandtheit und geht besonders auch auf die wesentlichen Fortschritte ein, welche die Bestrebungen auf diesem Gebiete in Amerika bereits gemacht haben.

* Die Normalkleidung als Gesundheitsschutz von Prof. Dr. Gustav Jäger. Stuttgart, W. Kohlhammer, 1880. — Der bekannte Verfasser giebt hier eine lose Zusammenstellung von Aufsätzen über Gesundheitsschutz, die er in dem Neuen deutschen Familienblatt von 1872 bis 1880 veröffentlicht hat und wir können mit Bezug hierauf nur den Wunsch aussprechen, daß es weit besser gewesen, eine präzisere Bearbeitung des Stoffes vorzulegen, damit namentlich neue Leser mehr Interesse an dem Gebotenen hätten gewinnen können. Was den Inhalt anlangt, so ist derselbe interessant genug, auch wenn man den exklusiven Standpunkt des „wollenen Verfassers" nicht theilt und nicht ausreichend für nachgewiesen hält, daß nur Wolle die Luftstoffe von den Unlust- und Angststoffen nicht nur allein scheide, sondern auch erstere ausschließlich zurückhalte. Denn was der Verfasser sonst über naturgemäße Lebensweise, über Körpergymnastik, über Abhärtung durch Ausscheidung der Wassertheile des Körpers und dergleichen beibringt, ist wohl zu beachten, wie auch der Vorschlag einer durchaus wollenen Kleidung bei unseren klimatischen Verhältnissen nicht wenig berücksichtigungswerth ist. Eine andere Frage, ob unser Geldbeutel die Baumwolle entbehren kann, wird nicht zu umgehen sein, selbst wenn man die Ersparniß an Wäsche in Rechnung setzt, die Wollkleidung ermöglicht. Das kleine Werkchen verdient jedenfalls gelesen zu werden. Noch eine Kuriosität! Jäger ist im Gegensatze zu Häckel ein Vertheidiger des Militarismus, dem er eine gesundheitssichernde Mission auch in Beziehung auf Bekleidung zuschreibt, während der andere von ihm eine Beeinträchtigung der Zuchtwahl aussagt und ihn deshalb lebhaft bekämpft.

Locales und Provinzielles.

Posen, 11. November.

r. [Die heutigen Stadtverordnetenwahlen] in der III. Abtheilung der Wähler haben ein für die deutsch-liberale Sache recht günstiges Resultat ergeben. Im 1. und 2. Bezirk haben die liberalen Deutschen im ersten Gange gesiegt und dabei noch den 2. Bezirk, der bisher durch einen Polen vertreten war, für die Deutschen gewonnen, im 3. Bezirk aber, in welchem der liberale Kandidat nicht im ersten Gange gesiegt hat, konnten die Konservativen es nur zur Stichwahl zwischen dem liberalen Kandidaten und dem Polen bringen. Die Betheiligung war eine lebhafte, indem von 4825 Wahlberechtigten 2292, d. h. also 48 pCt., zur Wahl erschienen waren. In dem 1. Bezirk, welcher 1239 Wähler zählt, wurden 613 Stimmen abgegeben, so daß die absolute Majorität 307 betrug; es erhielten Kaufmann Siegmund **Lißner** 349, Konditor Pfitzner 264 Stimmen, so daß somit der Erstere gewählt ist. In dem 2. Wahlbezirk, welcher 1210 Wähler zählt, wurden 534 Stimmen abgegeben, so daß die absolute Majorität 268 betrug; es erhielten Medizinalrath Dr. Rehfeld 273, Kaufmann Rakowski 243, Brunnen- und Röhrenmeister Vollhase (der Kandidat der Konservativen) 14 Stimmen, so daß somit Medizinalrath Dr. **Rehfeld** mit 5 Stimmen über die absolute Majorität gewählt ist. Bisher hatte, wie bereits bemerkt, dieser Bezirk stets einen Polen zum Stadtverordneten gewählt. — Im 3. Bezirk, welcher 1238 Wähler zählt, wurden 571 Stimmen abgegeben, so daß die absolute Majorität 286 betrug; es erhielten Provinzial-Feuersozietäts-Sekretär Fontane 261, Rentier Berendes (Pole) 156, Amtsgerichtssekretär Miller (Kandidat der Konservativen) 152 Stimmen, und zwei Stimmen zersplitterten sich. Da somit keiner der Kandidaten die absolute Majorität der Stimmen erhalten hat, so muß eine engere Wahl zwischen dem Provinzial-Feuersozietäts-Sekretär Fontane und dem Rentier Berendes entscheiden. — Im 4. Bezirk, welcher 1138 Wähler zählt, wurden 574 Stimmen abgegeben, und es betrug die absolute Majorität demnach 288; es erhielten Buchdruckereibesitzer Dr. **Lebinski** und Arzt Dr. **Ossowicki** je 342, Hausbesitzer Busse und Dr. Friedländer dagegen nur je 232 Stimmen, so daß somit die beiden Ersteren gewählt sind. Zu bemerken ist, daß dieser Bezirk fast stets durch Polen vertreten gewesen ist.

r. **Generallieutenant v. Alvensleben** reiste gestern Nachmittag von hier nach Militsch.

r. **Oberregierungsrath Bergenroth** ist gestern Nachmittag von Kosten hierher zurückgekehrt.

— **Stadttheater.** Morgen, Freitag, so wird uns geschrieben, geht der diesjährige Kassen-Magnet aller Theater „Krieg im Frieden" in Scene. Die wichtigeren Rollen sind mit unseren besten Kräften besetzt. Die Rolle der Ilka wird von Fräulein Jolanda, die v. Reiflingen's von Herrn Netty, die Elsa's von Fräulein Reinecke, die des Stabsarztes von Dr. Litaschi gespielt.

r. **Besitzveränderung.** Das dem Kreisrichter a. D. Lewandowski gehörige Grundstück auf der Mühlenstraße ist durch Tausch in den Besitz des Kaufmanns Haase übergegangen, welcher dafür an den Ersteren das Rittergut Sokolniki (im Kreise Wreschen) von 3000 Morgen Flächeninhalt abgetreten hat.

r. **Begräbniß.** Heute Nachmittag wurde auf dem evangelischen Kirchhof auf der Halbdorfstraße der hier vor einigen Tagen nach langen Leiden im Alter von 56 Jahren verstorbene Fleischermeister August Röschke, einer der angesehensten Bürger unserer Stadt, beerdigt. Derselbe hatte sowohl unter seinen Berufsgenossen, wie im Allgemeinen unter Allen, die ihn kannten, sich eines bedeutenden Ansehens erfreut, und war lange Jahre hindurch Vorsitzender der bürgerlichen Gesellschaft „Thalia" gewesen. Das überaus zahlreiche Gefolge, welches heute den Verstorbenen zur letzten Ruhestätte begleitete, legte den schönsten Beweis der Liebe und der Achtung, welche sich derselbe erworben hatte, ab; in dem Gefolge waren nicht blos bürgerliche, sondern auch Beamtenkreise vertreten. Der Sarg war überaus reich mit Kränzen und Palmenblättern geschmückt, und vor demselben ging ein starkes Musikkorps und die beiden Geistlichen der Kreuzkirche, hinter demselben zunächst die zahlreichen Leidtragenden. Den Schluß des imposanten Begräbnißzuges machten 12 Equipagen.

r. **Verspätung.** Der Personenzug von Bromberg verspätete sich sich gestern Abend um 43 Minuten.

r. **Das Wasser der Warthe** ist seit gestern wieder um 1 Zoll gewachsen.

r. **Thierquälerei.** Von einem Fuhrwerke von außerhalb wurden gestern zwei Pferde, welche an der Brust total durchgerieben waren, auf polizeiliche Veranlassung abgespannt und der Inhaber des Fuhrwerks zur Bestrafung angezeigt.

? **Lissa**, 10. Oktober. [Fünfzigjähriges Amtsjubiläum.] Der Lehrer und Kantor Röster in Gollmütz bei Schwetzkau wird am 13. Dezember cr. das seltene Fest seiner fünfzigjährigen Amtsthätigkeit feiern. Damit es an demselben dem verdienten Jubelgreise nicht an Beweisen der Achtung und Zuneigung fehle, werden im ganzen Kreise Anstrengungen gemacht, durch Sammlung von Geldbeiträgen den Ankauf eines passenden Geschenkes zu ermöglichen, welches am genannten Tage überreicht werden soll.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Die „Alma mater", Organ für Hochschulen (Wien und Leipzig, vom 1. Januar 1881 an im 6. Jahrgang) ist die einzige und älteste Zeitschrift, welche ausschließlich akademischen Interessen gewidmet ist. Umfassend das gesammte akademische Leben, bespricht die Wochenschrift in einem Theile in gediegenen Fachartikeln die Hochschulangelegenheiten als solche und berichtet in einer Hochschulen-Chronik über die wichtigeren Ereignisse an solchen Anstalten, während sie in einem zweiten Theile, der Studenten- und Vereinschronik, von dem vielbesungenen deutschen Studentenleben ein lebendiges, aus der Gegenwart und Vergangenheit geschöpftes Bild entrollt und zugleich die Interessen der Studenten in würdiger Weise vertritt. Außerdem enthält jede Nummer ein genaues Verzeichniß der in dem akadem. Personalstande eintretenden Veränderungen, einen reichen Literaturtheil, Kneipsachen und andere Humoristika, Ankündigungen akademischer und studentischer Angelegenheiten. Die „Alma mater" kann somit allen Denen, die sich für das akademische Leben interessiren, aufs Beste empfohlen werden. Man abonnirt für 3 Mark vierteljährig bei allen Buchhandlungen und Postämtern.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. —
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Gewinn-Liste der 2. Klasse 163. kgl. preuß. Klassen-Lotterie.

(Nur die Gewinne über 90 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.)
(Ohne Gewähr.)

Berlin, 10. Novbr. Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Gewinne gezogen worden:

6 31 61 68 137 55 93 275 433 40 560 66 630 89 745 95 847 52 934. **1**031 35 40 103 28 32 33 39 40 79 (120) 216 27 (120) 48 59 357 (240) 93 433 80 (120) 93 586 88 91 613 61 94 793 813 66. **2**014 29 73 140 44 (120) 91 (120) 245 73 313 61 79 95 446 (180) 54 69 (120) 501 15 16 80 751 61 824 938 71. **3**028 51 114 (180) 15 23 24 201 (150) 43 (180) 71 307 36 465 82 523 47 97 623 36 38 80 770 (300) 801 918 (120). **4**117 (120) 25 29 42 90 (120) 250 64 396 487 616 35 93 835 56 953 70 (150) 94. **5**018 (120) 82 (120) 106 (300) 13 14 57 90 204 6 31 90 92 355 77 472 81 83 536 53 61 717 18 847 913 35. **6**068 89 99 253 339 468 73 75 86 512 95 (120) 652 90 716 41 842 925 29 69 (150). **7**018 96 149 224 61 337 530 66 67 622 28 88 725 52 83 851 79 90. **8**075 115 242 60 (120) 80 (120) 307 (120) 465 536 663 71 718 42 805 20 67 911 85. **9**026 35 65 121 44 91 202 14 33 (120) 330 43 54 67 (120) 414 61 544 87 93 606 13 48 732 801 32 60 84 924 93.

10051 71 (120) 75 96 104 7 77 237 (120) 85 91 395 445 56 632 62 757 (120) 74 83 (120) 809 23 48 49 58 916 29 (120). **11**029 30 104 7 51 (150) 208 (120) 32 348 57 93 423 46 616 700 57 77 875 76 92 (600) 907 33 50 88 95 (120). **12**071 155 239 64 326 40 70 434 52 58 75 (120) 536 46 82 638 852 944. **13**011 19 62 (120) 189 98 247 347 470 531 39 41 73 79 (180) 706 11 (120) 63 801 9 23 52 68 904 87. **14**005 (120) 53 281 324 72 89 94 408 41 (120) 611 (300) 72 723 35 819 (150) 78 87 943. **15**092 105 10 15 228 534 616 17 29 49 758 842 45 69 89 92 937 42 45. **16**013 154 80 237 55 60 321 403 12 26 96 520 45 68 627 (150) 60 (120) 70 729 79 92 829 62 975. **17**024 51 122 23 87 88 98 239 72 327 34 445 65 530 31 672 92 711 14 46 (120) 97 990 (150). **18**006 58 109 70 89 242 313 29 57 78 80 92 96 491 512 20 64 90 607 735 37 (1800) 53 818 908 22 74. **19**113 73 374 414 612 40 716 50 867 94 916 59.

20071 73 78 93 121 25 49 58 90 93 233 34 98 (120) 313 95 (150) 431 53 86 571 76 80 (150) 646 80 95 728 60 77 85 815 (120) 31 (120) 38 75 903 43 78 96 (120). **21**002 101 (120) 202 (120) 25 91 93 454 72 (120) 504 62 774 87 845 74 914. **22**003 13 40 170 77 82 319 (150) 431 37 48 (120) 59 62 538 86 613 747 61 823 96 931 39 57. **23**028 49 170 78 (180) 235 361 71 83 (150) 94 601 18 25 34 42 70 99 765 981. **24**046 58 146 230 64 327 497 531 61 62 69 605 60 78 92 94 713 29 33 835. **25**131 88 210 51 396 439 512 (120) 19 662 63 86 98 715 40 814 906 (120) 10. **26**068 74 115 221 86 515 711 (240) 14 27 35 86 (120) 814 29 921. **27**067 88 89 132 37 213 (150) 25 73 349 72 82 400 (180) 50 62 77 565 788 815 61 80 (120) 905 8 30 80 (120) 89 94. **28**194 207 43 64 71 340 91 95 476 508 26 88 607 33 38 84 765 818 (150) 27 35 49 51 920 55 79. **29**013 (240) 43 57 58 76 84 206 30 96 325 27 40 89 99 449 67 529 601 4 17 57 713 18 895 918 25 29 35 67 76 87.

30015 82 99 167 202 446 73 92 512 611 44 74 83 771 95 843 63 82 (120) 88 (150) 90 970. **31**033 79 85 256 324 92 417 62 68 93 503 (120) 48 676 824 911 33 67 76 87 88 (180). **32**117 81 212 16 371 448 514 49 76 733 49 897 902 5 96. **33**062 90 111 51 97 237 315 28 79 89 (180) 484 503 22 (120) 91 (120) 683 86 700 10 69 864 989. **34**013 48 106 64 209 22 26 35 76 81 310 51 64 86 94 545 669 708 61 857 936 61 87 (120) 97 (150). **35**010 37 226 60 84 300 81 413 14 634 967 76 86. **36**075 81 156 71 313 37 48 (120) 54 86 423 26 612 700 (120) 806 23 (120) 87 (120) 959 79. **37**019 146 62 96 333 492 93 543 75 (150) 611 22 60 64 758 (300) 63 85 874 921 77. **38**109 31 276 96 310 72 77 90 407 92 508 14 31 49 61 611 30 709 75 (150) 891 932 (120). **39**026 39 96 151 254 91 345 55 413 661 72 802 27 62 64 957 (180).

40085 121 32 (120) 219 (600) 73 80 360 81 523 (150) 37 99 609 77 811 (150) 30 (180) 32 81 97 924. **41**015 39 72 87 204 33 36 (120) 59 75 96 336 60 74 80 500 (150) 52 75 78 625 719 86 830 31 942 (120) 79. **42**007 56 80 157 258 61 (240) 344 92 431 44 62 661 718 50 76 90 839 (150) 63 903 53. **43**008 47 121 23 277 78 88 355 (120) 434 37 43 (120) 70 591 635 52 711 42 54 68 (120) 812 17 20 48 60 (150). **44**067 161 72 (150) 99 286 351 77 (120) 489 504 (120) 13 36 91 655 66 97 700 62 827 952. **45**009 24 36 (180) 151 66 218 24 336 51 522 42 77 88 97 613 45 51 69 76 700 27 96 841 905 13. **46**061 154 (120) 91 323 33 42 79 412 64 76 92 559 81 610 32 47 733 802 918. **47**028 29 (240) 58 191 220 22 (120) 42 (120) 336 (120) 412 66 506 19 29 30 96 633 69 704 38 77 88 877 930 40. **48**015 103 52 220 46 55 93 (120) 94 330 43 61 467 566 606 89 786 817 33 (120) 50 52 71 77 (150) 974. **49**026 34 51 74 92 104 255 320 43 89 90 (180) 627 757 80 949 61.

50044 60 78 (120) 80 110 25 58 201 405 537 709 801 21 43 70. **51**030 180 224 323 24 494 97 545 98 612 (120) 37 (120) 42 (120) 85 89 797 834 65 918 28. **52**065 152 68 93 234 73 340 (180) 450 62 512 54 613 33 703 25 (150) 867 76 93 958. **53**031 107 65 89 248 (150) 93 300 579 618 80 732 (240) 82 838 77 902. **54**253 326 81 95 97 433 34 56 513 34 64 99 644 49 72 855 907 14 46 53 92. **55**068 98 104 34 57 67 216 58 75 421 43 86 557 67 82 90 96 659 801 19 73 965. **56**015 24 79 177 252 63 (150) 98 374 503 601 66 72 720 (120) 31. **57**008 87 144 46 51 58 60 62 79 201 (120) 24 56 74 302 60 426 99 546 754 817 46 68 70 947 (120) 84 **58**060 190 251 54 65 317 35 496 (180) 564 655 67 723 43 52 949 69. **59**129 59 98 221 59 367 429 41 537 43 641 704 (120) 6 49 93 806 80 933 73.

60081 123 80 82 (120) 207 (120) 32 310 66 431 60 514 41 66 94 613 40 53 80 737 67 (150) 72 91 (120) 879 910 (180) 26 (120) 52 59. **61**083 114 38 66 279 321 413 24 561 (150) 610 22 (120) 40 724 851 59 960 91. **62**017 92 201 5 19 48 49 62 82 307 18 44 537 65 84 91 650 95 758 (120) 810 29 917 27 32 66 (150). **63**018 29 34 46 76 82 128 99 214 26 52 302 9 12 16 408 15 82 83 87 89 99 592 694 758 69 851 965. **64**134 55 (120) 202 75 82 320 52 75 409 54 (600) 589 619 (120) 25 720 38 85 863. **65**002 83 273 507 55 59 743 49 50 66 77. **66**035 83 92 275 347 62 435 70 83 86 509 32 38 48 82 (120) 85 614 707 32 823 77 (180) 926 38. **67**008 22 94 101 32 59 210 (120) 20 35 56 87 441 (150) 92 521 28 29 43 677 87 706 23 66 93 817 (150) 20 30 49 951 (120) 89. **68**019 28 (120) 47 59 63 83 244 331 44 415 36 544 616 720 49 50 72 847 (150) 57 924 27 46. **69**004 17 51 61 99 104 90 202 19 39 (120) 50 58 317 25 446 63 79 569 627 63 76 706 64 833 925 38 76.

70001 (150) 41 152 56 58 394 468 500 36 75 637 (120) 63 91 932 40 85. **71**019 (120) 155 74 250 59 78 79 371 79 423 45 (120) 81 85 99 572 (150) 90 663 83 95 753 804 19 86 900 31 42 92. **72**023 33 132 (150) 48 52 (120) 64 232 353 65 402 64 69 523 49 676 716 62 801 19 45 85 913 45. **73**001 29 50 103 18 29 220 61 310 18 429 (120) 71 79 96 554 (150) 80 647 79 710 27 804 53 79 99 970. **74**025 37 75 93 108 257 324 86 485 93 504 23 98 (120) 603 74 707 33 890 (120) 927 34 69 71. **75**010 (120) 35 74 96 (120) 125 (240) 26 54 (300) 245 65 73 311 18 (150) 404 (150) 74 573 87 91 628 35 80 88 745 60 98 836 46 92 972 98. **76**124 26 43 59 221 24 29 439 84 532 83 89 604 710 (120) 17 (180) 18 843 99 905 23 35. **77**058 59 87 153 73 251 415 52 562 609 84 94 716 69 816 23 (240) 53 934 98 (180). **78**117 239 (300) 46 324 48 531 (120) 33 (120) 40 62 96 641 48 (180) 57 79 99 714 17 18 52 68 803 28 (120). **79**025 47 66 109 10 200 95 340 48 80 430 39 535 63 603 8 833 73 963 (150) 65.

80011 19 101 208 (180) 46 348 57 77 (120) 86 90 406 7 41 545 59 60 87 607 14 56 62 818 914 58. **81**019 (180) 83 118 (120) 51 62 207 26 69 369 441 61 69 76 (120) 82 91 97 552 94 612 25 (150) 75 720 30 (120) 92 820 25. **82**028 211 (150) 30 56 464 579 601 6 57 707 (120) 15 56 96 839 46 932 33 62. **83**118 22 64 66 256 89 336 56 524 34 623 81 83 92 712 43 (120) 96 (120) 811 36 45 96 (120) 910 53 (150) 54 55 71 72. **84**050 84 133 312 454 508 660 707 42 825 44 913 (180) 50 62 73. **85**039 65 125 26 43 (150) 311 56 465 524 52 59 70 78 629 729 30 875 89 91. **86**040 45 113 89 225 89 325 56 513 642 43 62 (120) 728 36 39 (120) 828 54 957 97. **87**008 17 19 106 44 (120) 230 (150) 430 50 73 531 43 95 672 732 (120) 49 54 829 59 (180) 95 901 19. **88**152 61 71 95 242 (120) 84 331 48 (240) 435 72 531 56 80 616 59 81 740 49 810 16 910 18 (120) 41 55. **89**001 60 92 144 (150) 250 374 409 31 78 90 541 84 86 639 (120) 75 790 903 8 59 60.

90034 98 100 44 75 233 39 58 67 326 64 88 511 57 783 882 (120) 86 933. **91**021 (120) 51 77 83 164 73 214 51 60 78 91 364 65 97 410 14 88 687 736 813 65 914 58 68 (6000) 82 85 94 (180). **92**049 71 81 155 220 77 375 (120) 78 83 430 48 505 31 621 94 732 836 86 943 (120) 56. **93**034 (150) 73 153 212 (600) 32 (150) 62 317 (120) 486 508 30 64 603 821 60 85 985. **94**053 122 46 91 266 326 54 422 39 532 44 59 (120) 69 625 85 702 25 849 993.

Sprechsaal.

(Eingesandt.)

Stadtverordneten-Wahl.

Der „Moniteur" der hiesigen Polizei-Direktion suchte in seiner gestrigen Mittags-Ausgabe noch das Urtheil über das Vorgehen des liberalen Wahlkomite's zu verwirren. Dem letzteren wurde vorgeworfen, daß in Kundgebungen aus ihm nahe stehenden Kreisen die hiesigen Beamten verletzt worden seien, weil man ihnen Abhängigkeit vorgeworfen. Ferner wurde das Komite als ein fortschrittliches bezeichnet. Beides ist nicht richtig. In dem Komite befinden sich zahlreiche Mitglieder des nationalliberalen Vereins; das Komite ist, wenn man es politisch charakterisiren will, schlechthin ein liberales, kein fortschrittliches. Dies kommt auch in den aufgestellten Kandidaturen voll und ganz zum Ausdruck.

Was sodann den Vorwurf anbelangt, daß das Komite dem Beamtenthum sich feindlich gegenüberstelle, so ist auch dieser vollständig aus der Luft gegriffen. Man hat von liberaler Seite lediglich abgelehnt, in solchen Beamten, welche freiwillig oder nothgedrungen von abhängiger Gesinnung seien, die richtigen Wortführer der Bürgerschaft bei den Wahlen und in der Stadtvertretung erkennen zu sollen. Es ist wahr, daß die Beamten alle auch zugleich Bürger sind und als solche ganz dieselben Rechte wie die letztern haben. Die will ihnen auch Niemand verkümmern. Aber dann mögen sie auch alle nach individueller Meinung ihre Stimmen abgeben. Nur gegen die, welche Solches nicht thun, vielmehr einer Weisung von oben folgen, waren und sind die liberalen Auslassungen gerichtet.

Es ist auch unzutreffend, daß die Liberalen bei den gegenwärtigen Wahlen prinzipiell den Konservativen gegenüber stehen; sie erklären es nur für unstatthaft, daß die hiesige Polizeileitung die Direktion der konservativen Wähler in die Hand nimmt. Letzteres aber ist geschehen, und zwar in der der „konservativen" Versammlung bei Lambert vorangegangenen Versammlung am Sonntag. In der That wäre es schon eine Forderung des Taktes gewesen, daß die Polizeibeamten, speziell deren Chef, gerade von diesen Wahlen die Hand fern gehalten hätten; denn die Polizei steht, so lange sie keine kommunale Einrichtung ist, in einem gewissen natürlichen Gegensatze zu der Stadtvertretung und zu den Interessen der wählenden Bürgerschaft; wir erinnern nur an das finanzielle Verhältniß. Darum dürfen ihr Angehörige nicht agitatorisch in diese Wahlen eingreifen. Daher, daß diese einfache Forderung des Taktes nicht beachtet wurde, rührt der ganze Gegensatz; an jener Nichtbeachtung tragen aber nicht die Liberalen, sondern ihre Gegner die Schuld. Gerade die Beamten können keine würdigere Stellung einnehmen, durch Nichts sich so sehr in der allgemeinen Achtung befestigen, als wenn sie durch ihre Abstimmung ihre Unabhängigkeit speziell von polizeilicher Beeinflussung darthun. Alles an seinem Platze, bei den städtischen Wahlen aber darf eine solche Beeinflussung nicht stattfinden. Das ist eine Wahrheit, deren Bekräftigung auch einem Beamten nur Ehre machen kann. Nicht Feindseligkeit gegen die Polizei, nicht Verkennung ihrer berechtigten Bedeutung leitet also das liberale Wahlkomite in seinem Verhalten; wir weisen nur eine Einwirkung der Polizei da, wo eine solche nicht hingehört, ja, durch die Natur der Sache verboten ist, zurück.

P. O.

Börsen-Telegramme.

Zu spät eingetroffen.

Märkisch-Posen E.A	26 10	26 60	Russ.-Bod.-Kr. Pfdb	80 50	80 40
do. Stamm-Prior.	102 —	101 90	Poln. 5proz. Pfandbr.	62 40	62 25
Berg.-Märk. E. Akt.	116 75	117 —	Pos. Provinz.-B.-A.	116 50	116 50
Oberschlesische E. A.	203 10	204 30	Ldwirthschftl. B.-A	72 —	72 —
Kronpr. Rudolf.-B.	70 25	70 —	Pos. Sprit-Akt.-Ges.	51 75	52 —
Oesterr. Silberrente	62 90	63 —	Reichsbank . . .	146 60	146 50
Ungar. Goldrente	92 75	92 40	Disk. Kommand.-A.	176 90	176 30
Russ. Anl. 1877	91 75	91 60	Königs-Laurahütte.	116 75	116 40
" " 80	71 10	71 10	Dortmund. St.-Pr.	82 90	83 —
Pos. Rentenbr.	99 3[illegible]	136 80	Posen. 4 pr. Pfandbr.	99 25	99 25
dto. zweite Orientanl.	57 30	57 50			

Nachbörse: Franzosen 478 50 Kredit 489'— Lombarden 152 50

Nothwendiger Verkauf.

Das in der Stadt Posen Vorstadt Fischerei unter Nr. 151 (Schützenstraße Nr. 13) belegene, dem Premierleutenant a. D. **Ernst von Zedtwitz** und dessen Ehefrau **Louise** geb. **Maß** gehörige Grundstück, welches zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 6339 Mk. veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation

am 15. Dez. 1880,

Vormittags 10 Uhr,

im Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 5, am Sapiehaplatze, hier, versteigert werden.

Posen, den 14. Oktober 1880.

Königl. Amtsgericht.
Abtheilung IV.
Dr. Traumann.

Oeffentliche Zustellung.

Der Kaufmann **B. Freudenthal** zu **Posen**, vertreten durch den Justizrath **le Viseur** zu **Posen**, klagt gegen die Frau Rittergutsbesitzer **Nepomucena v. Mielęcka**, geb. **v. Moszczenska** und deren Ehemann **Stephan v. Mielęcki**, früher zu **Posen** wohnhaft, jetzt unbekannten Aufenthalts, aus dem mit dem Atteste der Vollstreckbarkeit versehenen Kontumacial-Erkenntniß des Königlichen Kreisgerichts zu **Posen** vom 24. März 1876 und dem Wechsel vom 16. Februar 1876 nebst Wechselprotest mit dem Antrage auf Verurtheilung der Beklagten zur Zahlung von 476,50 Mark nebst 6% Zinsen seit dem 7. März 1876, 6 Mark Protest-Kosten und 2 Mark Provision und ladet die Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die zweite Civilkammer des Königlichen Landgerichts zu **Posen** auf den

14. Januar 1881,

Vormittags $9^1/_2$ Uhr,

mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Krieger,
Gerichtsschreiber
des Königlichen Landgerichts.

Nothwendiger Verkauf.

Das in Wreschen belegene, im Grundbuche von Wreschen Band 106 Blatt Nr. 203 eingetragene, der **Johanna Gruenberg** geb. **Weiß** in Wreschen gehörige Grundstück soll

am 16. Dezember 1880,

Vormittags 11 Uhr,

im Zimmer Nr. 11 des unterzeichneten Gerichts in nothwendiger Subhastation versteigert und das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags

am 16. Dezember 1880,

Nachmittags $12^1/_2$ Uhr,

daselbst verkündet werden.

Das Grundstück ist zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerth von 1743,00 Mark veranlagt.

Der Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes, alle sonstigen das Grundstück betreffenden Nachrichten, sowie etwaige Verkaufs-Bedingungen können in unserer Gerichtsschreiberei I. Vormittags von 8—10 Uhr eingesehen werden. Diejenigen Personen, welche Eigenthumsrechte, oder welche nicht ins Grundbuch eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Grundbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, haben dies spätestens im Versteigerungstermine zu thun.

Wreschen, den 13. Oktbr. 1880.

Königl. Amts-Gericht.

Der Eigenthümer **Carl Bohr** zu Neu-Scharke hat beantragt, seine Ehefrau **Pauline Bohr** geb. **Golik**, welche ihn angeblich böswillig verlassen hat, Zwecks Wiederherstellung des ehelichen Lebens zur Rückkehr anzuhalten. Da der Aufenthalt der entwichenen Ehefrau unbekannt ist (dieselbe soll nach Brasilien gegangen sein), so wird dieselbe hierdurch in Gemäßheit des § 688 Tit. 2 Th. I A. L. R. zum Termine

den 1. April 1881,

Vormittags 11 Uhr,

vor das unterzeichnete Amtsgericht vorgeladen.

Wollstein, den 29. Okt. 1880.

Königliches Amtsgericht.
Abtheilung V.

Nothwendiger Verkauf.

Die im Dorfe **Putzig** unter Nr. 47, 48, 49, 51 und 52 und im Dorfe **Gulcz** unter Nr. 15B. belegenen, den Eheleuten **Ziebarth Julius** u. **Cäcilie**, geb. **Eichstaedt** zu **Putzig** gehörigen Grundstücke, von welchen

1. **Putzig Nr. 47** mit einem Flächeninhalte von 10 Hektaren 5 Aren 40 Quadratmeter der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 45 M. veranlagt ist.
2. **Putzig Nr. 48** mit einem Flächeninhalte von 28 Aren der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 2,16 M. veranlagt ist.
3. **Putzig Nr. 49** mit einem Flächeninhalte von 34 Aren 10 Quadratmeter der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 2,88 Mark veranlagt ist.
4. **Putzig Nr. 51** mit einem Flächeninhalte von 38 Aren 10 Quadratmeter der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 3,42 M. veranlagt ist.
5. **Putzig Nr. 52** mit einem Flächeninhalte von 41 Hektaren 66 Aren 60 Quadratmeter der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 382,92 M. veranlagt ist.
   (Die Gebäude auf diesen Grundstücken hier abgebrannt.)
6. **Gulcz Nr. 15B.** mit einem Flächeninhalte von 2 Hektaren 53 Aren 50 Quadratmeter der Grundsteuer unterliegt und mit 88,62 M. Grundsteuer-Reinertrag veranlagt ist, sollen behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation

Freitag,
den 7. Januar 1881,

Vormittags um 9 Uhr,

im Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 6 versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, die beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts von den Grundstücken und alle sonstigen dieselben betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufs-Bedingungen können im Bureau des unterzeichneten Königl. Amtsgerichts während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigenthumsrechte, oder welche hypothekarisch nicht eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Hypothekenbuch gesetzlich erforderlich ist, auf die oben bezeichneten Grundstücke geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungs-Termine anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf

Freitag,
den 14. Januar 1881,

Vormittags um 11 Uhr,

im Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 6 anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Czarnikau, den 23. Juli 1880.

Königl. Amtsgericht.

Aufgebot.

Nach dem mittelst rechtskräftigen Urtheils des früheren Königlichen Kreis-Gerichts zu **Grätz** vom 19. Januar 1877 für todt erklärten **Thomas Isidor Erasmus von Jabłkowski** ist in der **Woyciech von Opalenski**'schen Nachlaßsache ein Nachlaß von 868 Mk. 96 Pf. erhoben worden. Von den Erben des Erblassers hat sich nur der Gutsbesitzer **Boleslaus von Jabłkowski** aus **Siedlątkowo** als Erbe gemeldet. Derselbe hat jedoch sein Erbrecht nicht gehörig nachzuweisen vermocht. Die übrigen Erben sind unbekannt. Auf den Antrag des dem Nachlasse als Pfleger bestellten Herrn Justizrath **Krause** zu **Grätz** werden hiermit alle unbekannten Erben und deren Erben oder nächste Verwandten des **Thomas Isidor Erasmus von Jabłkowski** aufgefordert, sich spätestens in dem auf

den 20. Juni 1881,

Vormittags 12 Uhr,

vor dem Amts-Gericht hierselbst anberaumten Termine zu melden und ihr Erbrecht gehörig nachzuweisen, widrigenfalls dieselben mit ihren Ansprüchen an den Nachlaß mit der Maßgabe ausgeschlossen werden, daß sie gehalten, die Handlungen und Dispositionen derjenigen Erben, die sich melden und denen der Nachlaß zur freien Disposition nach erfolgter Legitimation verabfolgt werden wird, anzuerkennen und zu übernehmen, daß sie nicht befugt, von diesen Erben Rechnungslegung noch Ersatz der gehobenen Nutzungen zu fordern, vielmehr sich lediglich mit dem, was alsdann von der Erbschaft noch vorhanden wäre, zu begnügen verbunden, daß ferner unter Vorbehalt der Ansprüche des **Boleslaus von Jabłkowski** der Nachlaß als ein herrenloses Gut dem Fiscus zugesprochen wird.

Grätz, den 7. September 1880.

Königliches Amtsgericht.

Aufgebot.

Der Wirth **Ludwig Jahnke** zu **Glembokie Kolonie** hat das Aufgebot der unbekannten Eigenthumsprätendenten des Grundstücks **Glembokie Kolonie Nr. 8** (früher 18), dessen letzteingetragene Eigenthümer die **Jacob** und **Marianna Powałowski** alias **Gapinski**'schen Eheleute gewesen sind, beantragt.

Als Rechtsnachfolger der bereits verstorbenen **Powalowski** alias **Gapinski**'schen Eheleute sind:

1) die Hirtsfrau **Marianna Wiśniewska** geborene **Gapinska**,
2) die Tagelöhnerfrau **Rosalie Nowak** geb. **Gapinska**,
3) der Tagelöhner **Anton Gapinski**,
4) die Wittwe **Hedwig Polska** geb. **Gapinska**,
5) **Marianna Jackowiak** geb. **Gapinska**

angegeben.

Es werden daher die vorstehend genannten Personen, sowie die übrigen unbekannten Eigenthumsprätendenten aufgefordert, ihre etwaigen Eigenthumsansprüche an das Grundstück **Glembokie Kolonie Nr. 8** (früher 18) in dem vor dem hiesigen Amtsgericht vor dem Amtsrichter **Jahns** auf

Dienstag,
den 1. Februar 1881,

Vormittags 10 Uhr,

anberaumten Termine anzumelden und ihr Eigenthumsrecht zu bescheinigen.

Pudewitz, den 5. November 1880.

Königl. Amtsgericht.

Steckbrief.

Gegen den Arbeiter **Stanislaus Lasecki** aus **Ludwikowo** bei **Exin**, welcher im Juli d. J. aus der Königlichen Strafanstalt **Cronthal** entlassen worden, ist wegen wiederholten schweren und einfachen Diebstahls nach wiederholter Vorbestrafung wegen Diebstahls die Untersuchungshaft verhängt. **Lasecki** ist circa 31 Jahre alt.

Es wird um Ergreifung und Ablieferung desselben an das unterzeichnete Gericht ersucht.

Crone a. Br., den 8. November 1880.

Königl. Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Mittwoch,
den 17. November 1880,
Mittags 12 Uhr,

werde ich in **Ceradz kościelny**
einen $^5/_4$ Jahre alten Bullen und ein Kalb

und

Donnerstag,
den 18. November 1880,
Vormittags 9 Uhr,

in **Krzyszkowo** bei **Rokietnica**
ein fettes Mittelschwein

meistbietend gegen baare Zahlung öffentlich versteigern.

Samter, den 10. November 1880.

Bürbaum,
Gerichtsvollzieher.

Nothwendiger Verkauf.

Das in der Stadt Lobsens, Kreis Wirsitz belegene, den Seilermeister **Adolph Herrig**'schen Eheleuten gehörige Grundstück Lobsens Nr. 30, welches mit einem Flächeninhalte von 06 Aren 10 Quadratstab der Grundsteuer unterliegt und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 444 Mark veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation

den 24. November d. J.,

Vormittags um 10 Uhr,

im Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 10, versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, die beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts von dem Grundstücke und alle sonstigen dasselbe betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufsbedingungen können im Bureau des unterzeichneten Königl. Amtsgerichts während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigenthumsrechte, oder welche hypothekarisch nicht eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Hypothekenbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungs-Termine anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf

den 25. November d. J.,

Vormittags um 11 Uhr,

im Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 10, anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Lobsens, den 2. Oktober 1880.

Königl. Amtsgericht.

Wähler der II. Abtheilung.

Kandidaten des I. Bezirks:

(Stadtverordneten-Saal.)

Kaufmann **Ed. Lange,**
Justizrath **Mützel,**
Buchdruckereibesitzer **Emil Röstel.**

Kandidaten des II. Bezirks:

(Börsen-Saal.)

Kaufmann **Ad. Kantorowicz,**
Hutfabrikant **A. Ziegler,**
Professor **Fahle.**

Das Comité
zur Vorbereitung der Stadtverordnetenwahlen.

Steckbrief.

Gegen den Fleischergesellen **Nicodem Napierala** aus **Kopnitz**, welcher sich verborgen hält, ist die Untersuchungshaft wegen Verübung groben Unfugs und öffentlicher Beleidigung verhängt.

Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das Amtsgerichtsgefängniß zu **Unruhstadt** abzuliefern.

Unruhstadt, den 3. Novbr. 1880.
Königl. Amtsgericht.

Konkursverfahren.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Uhrmachers **Friedrich Segebrecht** hierselbst ist zur Beschlußfassung über die im § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung einer nachträglich angemeldeten Forderung Termin auf

den 24. Novbr. 1880,
Vormittags 9 Uhr,

an hiesiger Gerichtsstelle anberaumt.

Schwerin a. W.,
den 10. November 1880.
Königliches Amtsgericht.

Amerikanischer Mixed-Mais
ist vorräthig.
Friedlaender & Co.,
Breitestraße 18b.

Eine vorzügliche **Heizkohle direkt aus der Grube.**

Das Kohlengeschäft treibe ich nach wie vor in derselben Weise fort, und zwar zu folgenden Preisen:

große Kohlen à Tonne	.	3,00 Mk.
Würfelkohlen à Tonne	.	2,80 Mk.
große Kohlen à Ztnr.	.	1,00 Mk.
Würfelkohlen à Ztnr.	.	90 Pf.
1 Korb Holz	. . . .	40 Pf.

und bitte auch ferner um geneigte Abnahme.

Wwe. C. Sametzki,
Mühlenstr. 4.

Zu jeder Tageszeit warme
Wiener-,
Jauersche,
Knoblauch- und
Lungenwürstchen.
L. Cohn,
Wronkerstr. 4.

Weizenkleie, Rapskuchen
in guter Qualität sind vorräthig.
Friedlaender & Co.,
Breitestr. 18b.

Huste-Nicht
Schutz Marke.

Malz-Extrakt u. Honig-Kräuter-Malz-Extrakt-Caramellen von **L. H. Pietsch & Co.** in Breslau.

Nur echt, wenn die vorgedruckte Schutzmarke auf den Etiquetten steht.

Zu haben in Posen in der **Rothen Apotheke**, Markt 37, in **G. Brandenburg's Apotheke z. Aeskulap,** bei **Krug & Fabricius**, in Schrimm bei **Madalinski & Co.,** in Grätz bei **A. Unger**, in Czarnikau bei **Gebr. Boetzel,** in Filehne bei **R. Zeidler**, in Wongrowitz bei **St. Baranowski.**

Die **Honig-Kräuter-Malz-Extrakt-Caramellen** (Huste-Nicht) haben mich von einer langwierigen und höchst lästigen Heiserkeit in kurzer Zeit befreit, nachdem ich vorher eine Anzahl anderer Mittel anwandte, die gar nicht halfen.

Alt-Trachsen (Ostpreußen),
den 20. Juni 1880.
Minna Alberti, geb. **Deutz,**
Rittergutsbesitzerin.

Emser Pastillen,

aus den festen Bestandtheilen des Emser Wassers unter Leitung der Administration der König Wilhelms Felsenquellen bereitet, von bewährter Heilkraft gegen die Leiden der Respirations- und Verdauungs-Organe, in plombirten Schachteln mit Kontrolstreifen vorräthig: in Posen Engros-Lager in der Brandenburgischen Apotheke, ferner auf Lager in der Rothen Apotheke, Markt 37, in der Dr. Wachsmann'schen Apotheke, Breslauerstrasse, u. in J. Schleyer's Droguen-Handlung, Breitestrasse 13.

Haidschnuckenrückenbraten,
ca. 20 Pfd., à Pfd. 55 Pf. **Junge fette Gänse** à Pfd. 60 Pf. **Scheiben-, Seim-** und **Leck-Honig** in Postcollis.

Soltau, Lüneburger Haide.
Ellhard Dransfeld.

Ein fast neues **Büffet** zu verkaufen. Anfrage **Breitestraße 14, Zigarrenhandlung.**

Loose

zur Silber-Verloosung
zum Besten des
Zoologischen Gartens
in Hamburg,
Ziehung
am 1. Febr. 1881

sind à 3 Mk., für Auswärtige mit Frankatur à 3 M. 15 Pf. in der Expedition der Posener Ztg. zu haben.

Kölner Dombauloose.
Geldgew. Hauptgew. M. 75,000 baar ohne jeden Abzug. Zieh. 13./15. Jan. 1881. Nur Originalloose vers. à M. 3,50 incl. fr. Zus. amtl. Gew.-Liste, der Hauptcollecteur **A. J. Pottglesser** in Köln. **Wiederverkäufer erh. Rabatt.**

Tuch u. Flanell
zu Damenkleidern, solide Waare in modernsten Farben und Mustern, liefere auch **für Einzelbedarf** zu billigsten Preisen. Proben franco.
H. Bewier, Sommerfeld.

Für Obornik und Umgegend.

Der Detail-Verkauf und Getreide-Umtausch in unserer Kunstmühle beginnt mit heutigem Tage.

Braun & Cohn,
Kowanowko bei **Obornik.**

---

200 bis 300 Ltr.
Milch sucht ein kautionsfähiger Pächter von Neujahr 1881. Offerten Mühlenstr. 19, **C. Langner.**

Für Damen Rath u. Hilfe,
sowie discr. und frdl. Aufnahme jederzeit **Fr. Alt,** Hebamme, **Breslau,** Neue Graupenstr. 11.

Geschlechts-
Krankheiten speziell **Syphilis-, Haut-, Harn- u. Blasenleiden** (Flechten), sowie Schwächezustände u. Frauenkrankh., auch die verzweifeltsten Fälle, heilt **brieflich** mit sicherem Erfolg d. i. Ausland approb. **Dr. med. Harmuth, Berlin, Kommandantenstraße 30.** — Erfolge zu Tausenden einzusehen, wo andere Hülfe vergeblich.

Von dem in unserem Verlage erschienenen:

Gesangbuch
für die
evangelischen Gemeinden
der Provinz Posen

haben wir in Leipzig neue Dessins von einfachst bis elegantester Ausführung in großen Quantitäten binden lassen und werden solche **von uns, den hiesigen und auswärtigen Buchhandlungen** zu nachstehenden Preisen abgegeben:

Nr.			Mark.
Nr.	I.	In Leinen	2,30.
„	II.	In Leinen, Goldschnitt und Goldpressung, mit Futteral	3,25.
„	III.	In Leder, Goldschnitt und Goldpressung, mit Futteral	4,25.
„	IV.	In Leder, Goldschnitt und starker Goldpressung, mit Futteral	4,75.
„	V.	In Leder, Goldschnitt und starker Goldpressung, mit Futteral, Einlage Schreibpap.	5,50.
„	VI.	In Chagrin-Leder, f. Goldschnitt, reicher Goldpressung, mit Futteral, Einl. Schreibp.	7,00.
„	VII.	In echt Sammet, eleg. Ausstattung .	12,50.

Hofbuchdruckerei W. Decker & Co.
E. Röstel.

Ernst Engel's Fussbodenlack,
streichfertig, glänzend, haltbar, schnell trocknend,
½ Ko. à 1 M. 10 Pf., 1 Ko. à 2 M. 20 Pf. incl. Orig.-Flasche
(½ Ko. für eine einfenstrige Stube genügend).
Haupt-Depot:
Roman Barcikowski in Posen.
Fabrik-Comptoir: **Ernst Engel, Berlin** SW., Friedrichstr. 34.

Das praktischste Weihnachtsgeschenk
von wirklich dauerndem Werth
bietet unstreitig
Schöberl's weltberühmter Patent-Universal-Stuhl,



in alle nur wünschenswerth bequemen Lagen und Stellungen leicht und mühelos zu verbringen, rühmlichst empfohlen vom kgl. Universitäts-Professor Herrn Dr. Ritter **von Nußbaum,** sowie von Tausenden meiner p. t. Abnehmer als das denkbar beste und praktischste Möbel für Gesunde und Kranke, in seiner Zweckmäßigkeit unübertrefflich, empfiehlt zu unverkennbar billigen Preisen complet mit vorzüglicher Polsterung von 50 M. an

J. Schöberl, Fabrikant, **München.**
Auf Wunsch Ueberzugproben und Illustrationen franco zugesandt.

Interessantestes Weihnachtsgeschenk.
Oelportraits ohne Sitzung.

Den Abonnenten und Lesern dieses Blattes liefern wir nach jeder Photographie in beliebiger Größe binnen 10 Tagen **ein Oelgemälde (Brustbild) in ca. Lebensgröße für Mk. 25 in anerkannt künstlerischer Ausführung** und **garantiren** für **vollendete Portrait-Aehnlichkeit.** In sogenannter Prämien-Qualität für Mk. 18. — Die Anzahl der täglich eingehenden Anerkennungsschreiben ist so groß, daß wir sie hier nicht spezifiziren können; dieselben liegen in unserem Institute zur gefälligen Einsicht aus.

Institut für Oleographie.
Adolf Prager, Berlin C., **Rosenthalerstr. 61.**
Filialen: **Amerika, England, Oesterreich, Russland, Rumänien.**

Schüler, welche die hiesigen höheren Lehranstalten, oder Mädchen, welche die hiesige Mädchenschule besuchen, finden freundliche und billige Pension bei Frau
Alma Schleusener, geb. **Jamrowska,** Brombergerstraße.
Gnesen, im November 1880.

Eine **Wohnung** im oberen Stadttheil, im Preise bis 120 Thlr., per bald zu miethen gesucht.
Adressen erbittet **H. Schmidt,**
Friseur, Wilhelmsstr. 28.

Ein gewandter Expedient,
welcher der poln. Sprache mächtig und von seinem Prinzipal gut empfohlen ist, findet in meinem Col.-W.-Geschäfte **sofort** Stellung.
Meldungen und Phot. an
Carl Walle, Bromberg.

Haushälter
gesucht **Schrodka-Markt Nr. 11.**

Tüchtige polnisch sprechende Wirthschafts-Assistenten und Beamte sucht der Wirthschaftsinspektor **A. Werner, Breslau,** Taschenstraße 8, I.

Ein durchaus vorzügl. empfohl. **Oberbeamter,** 40 Jahr, unverh., evang., poln. sprech, im Zuckerrübenbau bes. erfahr., sucht z. 1. Jan. 1881 i. d. Provinz größere Stellung. Gef. Off. unt. **A. R.** a. d. Exp. d. Bl. erb.

Tücht. Wirthinnen u. Stubenmädch. empf. **Anders,** Mühlenstr. 26.

Familien-Nachrichten.

Die Verlobung unserer Tochter **Bertha** mit dem Kaufmann Herrn **Grigo** beehren wir uns hierdurch statt jeder besonderen Meldung ergebenst anzuzeigen.

C. Rau
und Frau.
Lissa i. P., 9. November 1880.

Für die beim Begräbnisse unseres lieben Sohnes **Alfred** uns bewiesene Theilnahme sagen wir hiermit unsern innigsten Dank.

Louis Gehlen
und Frau.

An Alle, welche dem Militär-Frauenverein in früheren Jahren ihre Theilnahme geschenkt haben, die herzliche Bitte, beim herannahenden **Weihnachtsfeste** unserer Armen freundlich zu gedenken. Gütige Gaben in Empfang zu nehmen sind bereit:

Gräfin **Schlippenbach,**
Louisenstraße 12, als Präsidentin,
Frau **Massalin,**
Berlinerstraße 9, als Kassirerin.

Freunde der Wissenschaft und Geselligkeit.
Sonnabend,
den 13. November 1880,
präcise 8 Uhr Abends:
CONCERT
und
Kränzchen.

Schneekoppe.
Sonnabend, den 13. d. Mts.:
Kesselwurst mit **Sauerkohl.**

Anna Nerges-Dubois
Tanz-Cursus
Dienstag und Freitag, von 8—10 Uhr Abends; Anmeldung: noch täglich Friedrichsstr. 16, Hinterhaus I. Auch werden Privatstunden in und außer dem Hause ertheilt.

Stadt-Theater.
Freitag, den 12. November 1880:
Bei aufgehobenem Bonsabonnement.
Krieg im Frieden.
Lustspiel in 5 Akten von G. v. Moser und Franz v. Schönthan.

Polnisches Theater.
Freitag, den 12. November:
Boccaccio.
Operette von Suppé.

B. Heilbronn's
Volksgarten-Theater.
Freitag, den 12. November cr.:
Der Jongleur.
Original-Posse mit Gesang in 3 Akten und 4 Abthl. von E. Pohl.
Die Direktion.
B. Heilbronn.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobt: Frl. Therese Schäfer mit Hrn. Elias Philipp. Frl. Anna Levy in Goslar mit Kaufm. Adolf Pitsch in Berlin. Fräul. Viktoria Oehme mit Apotheker Gust. Stresemann in Dresden. Fräul. Anna Scheunemann mit Predigtamtskandidat Otto Thel in Neu-Marrin. Frau Fanny Lindinger, geb. Seidel, in Schneidemühl mit Hrn. Wilhelm Wienholtz in Witzleben.

Verehelicht: Hr. Theodor Domann in Hannover mit Frl. Anna Weinberger in Forsthaus Wannsee. Restaurateur Karl Stein mit Frl. Marie Waßmannsdorf. Herr Karl Sauerteig mit Frl. Anna Dahms. Hr. Max Lande mit Frl. Ernestine Löwenstein. Hr. Julian Clavier mit Frl. Helene Nachmann in Stettin. Apotheker Christian Stolz mit Frl. Charlotte Bretschneider in Ingelfingen.

Geboren: Ein Sohn: Herrn Rittergutsbes. Fischer in Tammendorf, Hrn. Moritz Edler v. Paepke in Lütgenhof b. Dassow i. M., Hrn. Rittmeister v. Boehm in Lüben, Hrn. Hauptm. Schulz in Danzig, Herrn Paul Brossok in Breslau, Herrn Landrichter Sartig in Meiningen. — Eine Tochter: Hrn. Major a. D. v. d. Osten in Jannewitz.

Gestorben: Herr Heinr. August Siebert. Verw. Fr. Henriette Nordmann, geb. Rosin. Frau Marie Michaltseck, geb. Langer. Frl. Paula Duvinage in Stendal. Polizeiwachtmeister a. D. Gustav Plessen. Verw. Frau Regina Rocca, geb. Fiocati. Rentier Wilhelm Domella in Potsdam. Verw. Fr. Rentiere Johanna Langer, geb. Michaelis in Nowaweß. Fr. Valeska Grulich, geb. Kedesdy in Jacobshagen. Kaufm. Mendel David in Müncheberg. Verw. Frau Wilhelmine Röhler, geb. Döring in Frankfurt a. O. Freiin Amélie von Schöning. Pastor emer. Ferd. Golling in Beetzendorf.

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.